Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47. | Dresden, Montag den 25. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Dorpat und Shitomir erreicht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte, die uns östlich von Armentieres Gefangene und Maschinengewehre einbrachten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn:

Unsere Truppen besetzten Pernau. Ein Ersatzbataillon hat sich dort dem deutschen Kommando unterstellt.

Ihren Divisionen voraus haben gestern vormittag die Sturmkompanie 18 und die 1. Schwadron Husaren-Regiment 16 Dorpat genommen. Auf dem Wege dorthin wurden 3000 Gefangene gemacht und viele hundert Fahrzeuge erbeutet. Diese fliegende Abteilung hat somit in 5½ Tagen über 210 Kilometer zurückgelegt.

Heeresgruppe Linsingen:

In Rowno ist der gesamte Stab der russischen „besonderen Armee" in unsere Hände gefallen; ihr Oberbefehlshaber war entflohen.

Vortruppen erreichten Schitomir und nahmen dort Verbindung mit ukrainischen Truppen auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Rußlands Ohnmacht.

In Estland sind deutsche Truppen vor Reval angekommen. Vielleicht ist zu dieser Stunde der befestigte Dagerhafen am Eingange des finnischen Meerbusens bereits in deutscher Hand. Die russische Flotte scheint sich an die finnische Küste zurückgezogen zu haben. Dem Berliner Lokalanzeiger wird aus Stockholm berichtet, daß unter der russischen Flotte, die in den Häfen Sweaborg und Helsingfors eingefroren ist, große Erregung herrsche. Diese Flotte bestehe aus vier Dreadnoughts, zwei Schlachtkreuzern, 14 Torpedobooten sowie der russischen Kaiserjacht Standart. Helsingfors werde von allen Seiten her stark befestigt, Bjoerneborg wird russischerseits geräumt.

Der Vormarsch in Livland und Esthland

Die Ententepresse bangt bereits um Petersburg und beschäftigt sich mit der Frage, ob sich die Bolschewiki zur Verteidigung der Hauptstadt aufraffen. Daß von den Volkskommissaren der Versuch unternommen wurde, den deutschen Vormarsch aufzuhalten, geht aus folgendem bolschewikischen Bericht hervor:

Petersburg, 23. Februar. Nach Berichten des Generalstabschefs des Feldheeres ergibt sich, daß der Feind in Gruppen von 100 und 200 Mann von verschiedenen Regimentern vorrückt. In einer Versammlung der Garnison Pskow, die aus etwa 2000 Mann bestand, wurde der Aufruf des Kommissars zur Verteidigung der Revolution mit Begeisterung aufgenommen. Die Deutschen rücken sehr vorsichtig vor. Die Stadt Regisha ist vom Feinde besetzt. Zuerst zog eine Automobilabteilung, dann eine Abteilung Infanterie ein. Am 21. Februar wurde Minsk von den Deutschen besetzt. Die deutsche Weiße Garde führt einen Offensivvormarsch in drei Gruppen aus: erstens in der Richtung Walk, zweitens in der Richtung Regisha und drittens zwischen diesen beiden Richtungen. Von der Südfront keine Nachrichten.

•

Nach anderen Petersburger Meldungen seien bolschewistische Truppen aus der innerrussischen Front an verschiedenen Stellen zurückgezogen worden. Die Roten Gardisten, die im Dongebiet bereits dicht vor der Kosakenhauptstadt Nowtschertkask standen, hätten unerwartet das Feld geräumt.

Auf Aaland ist unter schwedischer Vermittlung zwischen der Weißen Garde und den Russen auf Aaland sowie zwischen den Russen und der Bevölkerung über die Räumung der Inselgruppe ein Abkommen getroffen worden.

•

Rußland ohne Entente-Munition.

Bern, 24. Februar. Petit Marseillais meldet aus Kobe: Angesichts der Unruhen in Charbin und Wladiwostok beschlossen die Ententeregierungen, die Munitionstransporte von Neuyork nach Wladiwostok aufzuhalten. Japan wurde beauftragt, alle nach Wladiwostok unterwegs befindlichen Munitionssendungen abzufangen und die Munition in Japan zu löschen. Bereits wurden in Kobe und auf den Bejima-Inseln 4000 Tonnen Munition gelöscht. Drei japanische Dampfer liegen in Neuyork und können keine Munition laden. Zehn amerikanische Schiffe haben unterwegs Befehl erhalten, Wladiwostok anzulaufen. Unterhandlungen sind im Gange, die Munition dort auszuladen.

Widerstand bei Witebsk.

Bern, 23. Februar. Aus Petersburg melden die Pariser Blätter, daß die russischen Kräfte sich um Witebsk konzentrieren in der Hoffnung, den deutschen Vormarsch aufzuhalten. General Bruhewitsch hat den Oberbefehl übernommen. — Progrès de Lyon meldet aus Petersburg, eine politische Krise stehe in der Hauptstadt bevor. Die Sozialrevolutionäre verschärften ihre Opposition gegen die Aktion der Sowjets.

Bolschewismus und Imperialismus.

st. Wir erfahren selten etwas über die Aufrufe und Funksprüche der Bolschewiki, und die Verständigung über sie wird dadurch einigermaßen erschwert. Diesmal aber kommt uns die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu Hilfe, indem sie im Rahmen einer Polemik folgenden Satz aus einem russischen Funkspruch vom 21. Februar wiedergibt:

> Da sich die deutsche arbeitende Klasse in dieser drohenden Stunde als unentschlossen und nicht stark genug erwiesen hat, um die verbrecherische Hand des eigenen Militarismus aufzuhalten, so blieb uns keine andere Wahl übrig, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen bis zu dem Zeitpunkt, wo die europäische Revolution sie abändern wird.

Mit dem Kampf der Bolschewiki gegen den Imperialismus ist es eine eigene Sache. Er begann damit, daß die russischen Fronten von innen her vollständig zermürbt wurden. Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Methode des Kampfes gegen den Imperialismus nie für richtig gehalten, und, da sie sie selbst nicht anwenden wollte, hat sie ihre Anwendung auch den Sozialisten der fremden Länder niemals empfohlen. Der Imperialismus aller Länder hat es dagegen stets mit dem alten Haussegen gehalten:

Behüt' uns, heiliger Florian,
Schütz' unser Haus, zünd' andre an.

Er war für das Ausland stets bolschewikisch, für das Inland stets nationalistisch. Die deutsche Sozialdemokratie hat hingegen stets den Bolschewismus für das Inland wie für das Ausland bekämpft. Da sie der eignen Landesverteidigung nicht in den Rücken fallen wollte, konnte sie ehrlicherweise anderen sozialistischen Parteien nicht den Gebrauch von Mitteln empfehlen, deren sie sich selber nicht bediente.

Als die Bolschewiki keine Soldaten und keine Kanonen mehr hatten, traten sie in die Friedensverhandlungen ein. Auch hier haben sie den deutschen Imperialismus nicht bekämpft, sondern geradezu gefördert. Ein Grauen konnte einen packen, mit welcher Leichtherzigkeit sie russisches Gebiet preisgaben, wie sie ein Land nach dem andern mit einer leichten Handbewegung wegschoben, wie sie mit unveränderlichem Gleichmut die Redensart wiederholten: „Bis zur Loslösung von Rußland." Nie hätten deutsche Sozialdemokraten in ähnlicher Lage ähnlich gehandelt! Für die Notwendigkeit, große Wirtschaftsgebiete zusammenzuhalten, zeigten diese sich sehr modern dünkenden Sozialisten nicht das geringste Verständnis. Jene deutschen Sozialdemokraten, die in einer Balkanisierung des Ostens eine Gefahr für alle beteiligten Völker, auch für das ihnen am nächsten stehende deutsche Volk erblickten, wurden durch das Verhalten der Bolschewiki geradezu in Verzweiflung gebracht, und damals konnte man sagen: „Ja, wenn die Bolschewiki und die deutschen Annexionisten miteinander einig sind — was sollen wir deutsche Sozialdemokraten dagegen machen?"

Die Bolschewiki jagten die Konstituante, die die Einheit Rußlands repräsentierte, zum Teufel, wie nur je der Zar eine Duma zum Teufel gejagt hat. Und erst nachher, als die moralischen Bindemittel des Reichs von ihnen selbst völlig zerstört worden waren, besannen sie sich eines anderen und gingen gegen Finnland und die Ukraine, nicht, weil sie Rußland, sondern weil sie der Revolution abtrünnig geworden sein sollten, mit Waffengewalt vor.

Diese Länder beteuern nun aber, daß sie gar nicht der Revolution abtrünnig geworden seien, sondern daß sie nur für die bolschewikischen Revolutionsmethoden kein Verständnis hätten, und damit wurde der Bürgerkrieg, namentlich in der Ukraine, zum russischen Glaubenskrieg. Die Sache der Revolution wurde dadurch nicht gefördert, desto mehr aber die Sache des deutschen Imperialismus, der gegen die Bolschewiki naturgemäß um so stärker wurde, je mehr sich diese fast alle Sympathien entfremdeten.

So haben die Bolschewiki den deutschen Sozialdemokraten im Kampfe gegen den Imperialismus eine Waffe nach der andern aus der Hand gewunden. Wir sagten: „Rußland ist noch immer eine Macht." Man antwortete uns: „Es steht ja kein Mann mehr an der Front." Wir sagten: „Ihr beschwört einen neuen Revanchekrieg herauf." Man antwortete uns: „Die Russen sind keine Franzosen, sie haben kein so entwickeltes Nationalgefühl." Wir sagten: „Für Rußland wäre der Verlust der baltischen Provinzen unerträglich." Man antwortete uns: „Die Russen verzichten ja selbst auf diese Provinzen." Wir sagten: „Wir wollen die Errungenschaften der russischen Revolution nicht zerstören lassen." Man antwortete uns: „Seht euch diese Errungenschaften an, da schießt ja eine sozialistische Richtung auf die andere sozialistische Richtung."

Die Bolschewiki merken aber immer noch nicht, daß sie den deutschen Imperialismus gefördert, jeden wirklichen Kampf gegen ihn erschwert haben. Sie starren immer auf das eine illusionäre und unbrauchbare Mittel: den revolutionären Massenstreik.

Die deutsche Sozialdemokratie hat niemals im Massenstreik ein Mittel gesehen, die Revolution mit einem Schlage durchzuführen, noch weniger ein Mittel, einen begonnenen Krieg zu beenden. Immer wieder ist auf internationalen Sozialistenkongressen gesagt worden: Da der revolutionäre Massenstreik nicht in allen Ländern gleichzeitig und mit gleicher Stärke ausbrechen kann, bedroht er dasjenige Land am meisten, wo er zuerst und am stärksten wirkt. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist an Rußland bestätigt worden. Das deutsche Volk hat keine Lust, auf diesem Wege der nächste zu sein.

Militärkritik.

Die Anschlußberichte und -anträge über Mannschaftsbehandlung und -behandlung, Urlaubsrecht und Strafsystem geben dem Reichstag aller paar Monate Anlaß zu tagelangen Debatten, die zum großen Teil aus Klagen über Nichterfüllung wiederholt gefaßter Reichstagsbeschlüsse bestehen. Am Sonnabend spielte im Reichstag besonders die Nichtentlassung der ältesten Jahrgänge eine Rolle, und man hörte, daß andere Bundesstaaten bereits in großem Umfange durchgeführt haben, was im preußischen Kontingent nicht möglich sein soll. Alle die Sozialdemokratie sprach der so sachkundige Abg. Stücklen in eindringlicher Weise. Gewaltige Landsturmmannschaften scheinen dazu gebraucht zu werden, die Grenze gegen das engverbündete Oesterreich-Ungarn hermetisch abzusperren, was um so merkwürdiger ist, als ja in Oesterreich-Ungarn auch kriegsmäßig verschärfte Polizeimaßnahmen zur Ueberwachung des Reiseverkehrs bestehen.

Der Fortschrittler Müller-Meiningen nahm sich die letzte Rede Oldenburg-Januschaus vor und feierte das Vertrauen zwischen Heeresleitung und Reichstag. Die Vertreter des Kriegsministeriums erklärten, daß die Entlassung der ältesten Landsturmer nur je nach der militärischen Lage erfolgen könne. Den strengen Arrest will man mildern. General Scheuch berichtete über die Handhabung der Reklamationen. Zahlreiche, oft sehr bedenkliche Einzelfälle trug der Unabhängige Ryssel vor. Der Elsässer Hagen klagte über die Ausnahmebehandlung der Soldaten aus dem Reichsland und der Zentrumsmann Dr. Wirth erzählte von sonderbaren Beziehungen zwischen Urlaubsgewährung und Soldatengeschenken an — die Frau Hauptmann. General Wriesberg sagte strengste Bestrafung und Ausrottung aller Mißstände zu. Mit größter Entrüstung wies er die Verschleppungen Russels gegen Offiziere der Besatzungstruppen usw. zurück. Genosse Schöpflin erwiderte, daß gegenüber der Nichtbeachtung selbst wohlbegründeter Beschwerden nichts anderes übrig bleibe als die öffentliche Kritik, und wies die Uebertreibungen des Vertreters des Kriegsministers mit Gebühr zurück. Insbesondere wandte er sich gegen die Erklärung des Generalmajors Marx, daß die „Hetzer" an die Front geschickt werden würden. Mit Recht betonte er demgegenüber, daß alle „Hetzer" in Berlin nicht soviel Erbitterung schaffen können, wie der in seinem blinden Fanatismus politisch so tollpatschige Herr v. Kessel oder Herr v. Oldenburg. Darin, daß die Stimmung von Stunde zu Stunde erbitterter geworden ist, pflichtete Dr. Müller-Meiningen unserem Genossen bei. An der Verschleppung der Kritik Schöpflins kann weder der ihm nachträglich wegen seiner Aeußerungen gegen Herrn v. Kessel erteilte Ordnungsruf, noch der Entschuldigungsversuch des Generals v. Scheuch etwas ändern. Die von dem Abg. Ledebour noch einmal besonders unterstrichene Tatsache, daß zahlreiche Mißstände im Heere bestehen, läßt sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen. Ob die vom Reichstag angenommenen Entschließungen daran etwas ändern werden, wird im wesentlichen davon abhängen, ob und in welchem Umfange die Regierung ihnen Folge geben wird.

Am Montag beginnt die Beratung des Etats.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180225/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein erfolgreicher Kaper-Kreuzer.

Wieder ist es einem deutschen Kaperschiff gelungen, die englische Seesperre zu durchbrechen. Nach 15monatiger Fahrt durch den Atlantischen, Indischen und den Stillen Ozean ist der Hilfskreuzer Wolf, geführt vom Fregattenkapitän Nerger, zurückgekommen. Der Kreuzer hat den Feind durch Vernichtung von Schiffsraum und Ladung in schwerster Weise geschädigt. Mehr als 400 Angehörige von Besatzungen versenkter Schiffe hat er als Gefangene nach Deutschland mitgebracht, ferner mehrere erbeutete Geschütze und große Mengen von wertvollen Rohstoffen, wie: Gummi, Kupfer, Messing, Zink, Kakaobohnen, Kopra usw.

Ein von dem Kreuzer Wolf aufgebrachtes englisches Schiff war unter dem Namen Iltis als Hilfskreuzer ausgerüstet worden. Er hat, wie gemeldet wird, unter Führung des Kapitänleutnants Brandes erfolgreich im Hafen von Aden operiert, wurde aber bald von englischen Streitkräften gestellt und von der eigenen Besatzung versenkt, die sich in Stärke von 27 Mann in englischer Gefangenschaft befindet.

Der Wolf ist nicht das erste deutsche Kaperschiff, das die Weltmeere unsicher gemacht und dem Feinde schweren Schaden zugefügt hat. Im Anfang des Krieges waren es zunächst einige deutsche Kriegsschiffe, die vom Krieg außerhalb der deutschen Meere überrascht wurden und die nun sofort einen für unsere Feinde empfindlichen Kaperkrieg begannen. Am bekanntesten von all diesen Kreuzern ist die Emden geworden, die erst, nachdem sie dem Feinde ungeheuren Schaden zugefügt hat, der Jagd, die von den Kriegsschiffen der Entente gegen sie veranstaltet wurde, erlegen ist. Aber auch, nachdem die deutschen Auslandskreuzer, die im Beginn des Krieges fern von den deutschen Küsten geweilt hatten, dem Gegner zum Opfer gefallen waren, hat Deutschland auf den Kaperkrieg in den Weltmeeren nicht völlig verzichtet. Wiederholt ist es deutschen Schiffen gelungen, trotz den englischen Absperrungsmaßnahmen auf die Weltmeere hinauszugelangen, wo sie dann lange zum Schaden der gegnerischen Handelsflotten tätig sein konnten. Erst war es die Möve, die nach langen, erfolgreichen Kreuzerfahrten im März 1916 mit reicher Beute beladen heimkehrte, dann war es der Seeadler, unter Führung des Grafen Luckner, der im Stillen Ozean der Ententehandelsflotte schweren Schaden zufügte, bis er schließlich den Elementen erlag. Sein Führer, der Graf von Luckner, geriet bekanntlich in englische Gefangenschaft. Ob außer den bisher bekannten Kaperkreuzern noch andere deutsche Schiffe sich auf dem Weltmeere befinden, ist nicht bekannt. Zweifellos spielen neben den ungeheuren Schäden, die der U-Bootskrieg der feindlichen Flotte zufügt, die Nachteile, die dieser Kaperkrieg für den Gegner mit sich bringt, wohl nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Immerhin ist es für die Gegner und vor allen Dingen für die Engländer sehr unangenehm, daß nicht nur in den Gebieten der deutschen Seesperre, sondern auch in den entferntesten Meeren die Sicherheit ihrer Schiffahrt immer wieder bedroht wird und daß auch dort die Seeherrschaft Englands nicht lückenlos ist. Daß deutschen Seeleuten immer wieder solche Fahrten gelingen, zeugt von hervorragendem Mut und außerordentlicher Tüchtigkeit, und man kann nur, wie bei vielen der Taten, die in diesem Kriege vollbracht werden, bedauern, daß soviel Energie und Tatkraft im Dienste der Zerstörung anstatt zu segenspendender Friedensarbeit aufgewendet werden muß.

* * *

U-Bootsbeute.

Berlin, 24. Februar. (Telunion.) Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze: 19000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische Truppentransportdampfer Tuscania, 14348 Brutto-Register-Tonnen, mit amerikanischen Truppen an Bord. Der Dampfer wurde vor dem Einlaufen in die Irische See in geschicktem Angriff bei stärkster feindlicher Gegenwirkung aus einem Geleitzug, an dessen Spitze er fuhr, herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 23. Februar. **Neue U-Boots-Erfolge im westlichen Mittelmeer: 22000 Brutto-Register-Tonnen.**

Ein etwa 6000 Tonnen großer, bewaffneter, tiefbeladener Frachtdampfer mit Passagierdecks wurde aus Zerstörer- und Fischdampferbedeckung, der bewaffnete, tiefbeladene Transportdampfer Maiar (7200 Brutto-Register-Tonnen) aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen. Unter den übrigen versenkten Schiffen konnte der bewaffnete, erst 1917 gebaute französische Dampfer Ville de Verdun festgestellt werden, der mit Erdnüssen von Dakar nach Marseille unterwegs war. Der Kapitän des Dampfers wurde gefangengenommen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Untergang eines englischen Geleitzuges.

Kopenhagen, 23. Februar. Die hiesigen Blätter melden aus Bergen, daß ein großer englischer Handelsgeleitzug von einer Katastrophe betroffen worden sei. Montag früh verließen 29 Schiffe, und zwar 18 skandinavische und 11 englische, im Geleitzuge England auf der Reise nach Norwegen. Der Geleitzug geriet auf See in einen furchtbaren Sturm. Am Mittwoch morgen ereignete sich das erste Unglück. Ein dänischer Dampfer verschwand plötzlich. Hinzueilende Schiffe fanden eine Anzahl Wrackstücke und die um Hilfe rufende Besatzung; es war aber unmöglich, sie zu retten. Nach den Wrackstücken zu schließen, handelte es sich um den dänischen Dampfer Georg. Mittwoch nachmittag versank plötzlich der englische Dampfer Harrowgate, am selben Abend der schwedische Dampfer Svand. Auch ein anderer schwedischer Dampfer ging verloren. Während der ganzen Reise wurden weder Unterseeboote noch Kriegsschiffe gesichtet, es wird daher nicht angenommen, daß die Schiffe versenkt worden seien. Die Harrowgate ist untergegangen, weil sich die Ladung verschoben hatte. Von den 29 Schiffen des Geleitzuges sind nur acht in Bergen eingetroffen und später noch zwei in Stavanger eingelaufen. Man hofft aber, daß es noch einer größeren Anzahl Schiffe gelungen ist, einen englischen oder schottischen Nothafen zu erreichen.

Die Kriegsziele der Ententesozialisten.

Das Reutersche Bureau verbreitet ausführlich das von der Arbeiterkonferenz in London angenommene Memorandum über die Kriegsziele. Nach den Angriffen auf den deutschen Einmarsch in Belgien fordert das Memorandum **die Schaffung eines Völkerbundes.** Dem Bund ständen sowohl militärische als auch wirtschaftliche Machtmittel zur Verfügung. Weiter fordert das Memorandum die **Aufhebung der Geheimdiplomatie, die Veröffentlichung aller Verträge** usw. Der Völkerbund soll auch die Einstellung der Rüstungen und die **Abschaffung des stehenden Heeres** herbeiführen. Er soll jedoch erst nach dem Kriege gegründet werden. Für seine Begründung sollen im Friedensvertrag die entsprechenden Bedingungen festgesetzt werden. Im weiteren beschäftigt sich das Memorandum mit den Ausführungen Wilsons, die allgemein gebilligt wurden. Es wird zugegeben, daß es unmöglich sei, alle Wünsche der Völker zu befriedigen. Bezüglich Belgiens heißt es: Die erste Bedingung für einen Frieden ist die **Wiederherstellung Belgiens unter der Kontrolle eines internationalen Ausschusses.** Deutschland müsse alle Schäden, die es in Belgien angerichtet habe, wieder gutmachen. Ueber Elsaß-Lothringen heißt es: Es sei eine Frage des Rechts und somit ein internationales Problem, dessen Lösung notwendig sei, wenn der kommende Friede gerecht und dauerhaft sein soll. Ferner verlangt das Memorandum die **Unterzeichnung des Friedensvertrages durch alle Völker der Welt.** Frankreich sei bereit, dem Völkerbund die Sorge für die uneingeschränkte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zu überlassen. Gefordert wird die Vereinigung der italienisch sprechenden Völker Oesterreichs mit dem Königreich Italien, **vollständige Wiederherstellung der Rechte Serbiens, Montenegros und Albaniens.** Ferner soll ein unabhängiges Polen mit einem Zugange zum Meere geschaffen werden. Irgendwelche Annexionen Deutschlands in Kurland, Livland, Estland, Polen, Litauen usw. werden als vollkommen unzulässig und als Verstoß gegen die internationalen Gesetze erklärt. Die Konferenz sympathisiert mit **den freien unabhängigen Staaten Palästina, Armenien, Mesopotamien.** Arabien dürfe nicht wieder unter die grausame Herrschaft der Türkei fallen. Die Dardanellen sollen unter der Kontrolle des Völkerbundes neutralisiert werden.

Eine Kriegszielrede Sonninos.

Rom, 24. Februar. Nach einer Stefanimeldung erklärte in der Kammer Sonnino, daß in der letzten Tagung von Versailles der Oberste Kriegsrat festgestellt habe, daß er in den jüngsten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des österreichischen Ministers des Aeußern **nichts hätte finden können, was sich den gemäßigten Bedingungen der alliierten Regierungen nähere,** so daß er der Meinung ist, daß seine einzige Pflicht ist, die

hartnäckige Fortsetzung der militärischen Anstrengungen

der Alliierten zu sichern. Hertling und Czernin weigerten sich entschieden, die Probleme, die offensichtlich der Grund des gegenwärtigen Krieges gewesen seien und die, wenn man sie nicht entschlossen löse, eine beständige Gefahr für die Sicherheit des Friedens darstellen würden, zu lösen. Wir sind, sagte Sonnino weiter, noch immer entschlossen, mit unseren Alliierten jeden Friedensvorschlag, der einen wahren und aufrichtigen Charakter hat, zu besprechen. **Aber wir können nicht einfach Friedensverhandlungen beginnen,** ohne irgendeine Sicherheit zu haben bezüglich der vom Gegner vorgeschlagenen und von ihm angenommenen Friedensbedingungen. Sonnino kam dann auf die italienischen Kriegsziele zu sprechen und sagte: Wir wollen nur (!) gegenüber etwaiger Vergrößerungen anderer als Ergebnis dieses Krieges, daß man das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhält. Was Albanien anbetrifft, so halten wir seine Unabhängigkeit übereinstimmend mit den allgemeinen Grundsätzen der Achtung vor den Nationalitäten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrecht. Aber das Schicksal Albaniens hat ein besonderes Interesse für Italien und hängt eng zusammen mit der Adriafrage, die für Italien eine Lebensfrage ist, ebenso wie

unser direkter und sicherer Besitz von Valona

und seinem Gebiet. Also bezüglich Albaniens hat Italien keine anderen Gesichtspunkte als seine Verteidigung (!) gegen jede Unduldsamkeit oder einen Angriff einer anderen Macht.

Sonnino kam dann auf die Wiederaufnahme amtlicher Beziehungen zu der maximalistischen Regierung zu sprechen und erklärte: Es ist uns heute unmöglich, als gesetzlichen Vertreter Rußlands eine Regierung anzuerkennen, die sich nur an der Macht hält durch offenkundige Gewalt und welche die gemeinsame Sache verrät, indem sie den Krieg aufgibt und die Demobilisation der Armee anordnet, und die eine offene Propaganda gegen die Alliierten führt, um ihnen die Annahme eines unmittelbaren Friedens, welcher Art er auch sei, aufzuzwingen.

Jede Hoffnung aber, Rußland militärisch sich wieder erheben zu sehen, scheint man heute aufgeben zu müssen. Sonnino erklärte jedoch, daß dadurch die allgemeine militärische Lage der Alliierten nicht gefährdet sei, da der russische Faktor wirksam durch die Unterstützung Nordamerikas ersetzt werde.

Wir wünschen, sagte Sonnino weiter, heiß den Frieden, einen Frieden, der in möglichst hohem Maße die Achtung vor dem Grundsatz der Nationalitäten, die Genugtuung der Bestrebungen der Völker auf die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstregierung verkörpert, einen Frieden, der in seinen Bedingungen die größte Gewähr für seine Dauerhaftigkeit und seine Sicherheit bietet.

Sonnino schloß: Wir kommen jetzt in die kritische und entscheidende Phase des ungeheueren Weltringens. Das wird für uns eine

Zeit schwerer Prüfungen und peinlicher Opfer

für das Heil und die Ehre des Vaterlandes sein, und das wird den Regierungen immer größere und immer furchtbarere Verantwortungen aufbürden, um die militärische und zivile Tätigkeit intensiver zu gestalten und zu vereinigen zur Verteidigung und zum Triumph der gemeinsamen Sache.

Zur Erfüllung dieser schweren Aufgabe erbat Sonnino das Vertrauen der Kammer.

Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Rom, 24. Februar. Die Kammer hat der Regierung nach Reden Sonninos und Orlandos mit 340 gegen 44 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich.

* **Berlin, 24. Februar.** Der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband trat heute unter dem Vorsitz des Reichstagsvizepräsidenten Geh. Regierungsrat Dr. Paasche zu einer Vollsitzung zusammen, an der außer einer außerordentlich großen Zahl von Mitgliedsfirmen aus allen Kreisen des Handels und der Industrie Deutschlands auch eine Reihe der dem Verbande angeschlossenen Handelskammern, und zwar die Handelskammern München, Breslau, Nürnberg, Halle, Oppeln, Chemnitz, Görlitz, Goslar und Kottbus sowie eine größere Anzahl von Fachverbänden vertreten waren. Nach einem einleitenden ausführlichen Berichte des Mitgliedes der Zweiten sächsischen Ständekammer, Kommerzienrats Clauß, und nach einer ausführlichen Besprechung, billigte die Versammlung **vollständig die einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages,** durch welche für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn völlige freie Bahn geschaffen wurde. In dem Sinne der bei den früheren gemeinsamen Tagungen mit dem österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbande gefaßten Beschlüsse sprach sich der Verband erneut für ein Wirtschaftsbündnis der beiden Mittelmächte und für eine vertragsmäßig auf eine lange Dauer gesicherte Gemeinsamkeit der Handelspolitik aus. Es soll auf Grund eines einheitlichen Zolltarifschemas ein einheitlicher Zolltarif vereinbart werden, dessen Zollsätze nicht durchweg die gleichen für beide Gebiete zu sein brauchen. Man wünsche, daß eine wesentlich vermehrte Freiliste für den wechselseitigen Verkehr in Aussicht genommen werde. Doch sei dem bei den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der zwei Gebiete sich ergebenden besonderen Schutzbedürfnis einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen.

Budapest, 24. Februar. Am Schlusse der Debatte im Abgeordnetenhause über das Budgetprovisorium ergriff der Handelsminister Szterenyi das Wort und erörterte den Gedanken der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland. Er sagte: Schon vor dem Kriege ist der Gedanke einer wirtschaftlichen Union aufgetaucht, der aber nicht verwirklicht werden konnte, da die Voraussetzung hierfür gewesen wäre, daß die Staaten auf alle Souveränität verzichten und eine einheitliche Souveränität anerkennen müssen. Der Minister befaßte sich dann mit der Widerlegung der irrigen Auffassung von dem Charakter der Präferenz und sagte: Unser Zusammenschluß, der auf der Präferenz beruht, hat durchaus keine aggressive Tendenz. Wir vertreten gegenüber den Beschlüssen der Pariser und Versailler Konferenz den Gedanken, **daß nach Friedensschluß ein Wirtschaftskrieg unmöglich ist** und daß jeder Staat, der sich an einem wirtschaftlichen Kriege beteiligt, die Folgen zu tragen haben wird. Wie wenig aggressiv an sich die Präferenz ist, wird dadurch bewiesen, daß Deutschland schon vor dem Kriege Rußland das Zugeständnis gemacht hat, daß die Präferenzzölle, die Rußland den benachbarten asiatischen Staaten bietet, keine Anwendung in Europa finden sollen. In diesem Sinne ist auch der Artikel 7 des Friedensvertrages mit der Ukraine entworfen worden. Ein derart abgefaßter Artikel wird auch in jedem anderen Friedensvertrage aufgenommen werden. Der Minister sagte sodann: **Jedes politische und volkswirtschaftliche Interesse weist Ungarn auf die Annäherung an Deutschland hin.** Ebenso ist Deutschland durch alle politischen und volkswirtschaftlichen Interessen auf das Bündnis mit uns angewiesen. Unser Bündnis beruht auf unseren wechselseitigen Interessen. Die Identität und die Wahrung unserer nationalen Interessen bilden die Grundlage unseres Bündnisses. Der Minister widerlegte sodann die Auffassung, die in der Debatte aufgetaucht war, **daß Ungarn an Deutschland Getreide und überhaupt Rohstoffe liefere** und durch die Einfuhr deutscher Industrieartikel in der Förderung seiner Industrie geschädigt werde. Wir haben kein Getreide nach Deutschland ausgeführt, sagte er. Im Gegenteil, Deutschland hat beträchtliche Getreidemengen an Oesterreich, namentlich für Heeresbedürfnisse, abgeben können. Auch in der Papierfrage, über die der Handelsminister während seines letzten Aufenthaltes in Berlin verhandelte, hat Deutschland ein großes Entgegenkommen bewiesen. Es besteht die Hoffnung, daß Deutschland, solange die Papierversorgung im Innern unmöglich ist, uns durch Lieferung von Papier beistehen wird. Das Haus nahm hierauf das Budgetprovisorium im allgemeinen und im einzelnen an.

Der Aufruf des Genfer Internationalen Komitees gegen den Gebrauch giftiger Gase

Das W. T. B. teilt mit:

In dem Aufruf, den das **Internationale Komitee des Roten Kreuzes** in Genf an die Kriegführenden gegen den Gebrauch giftiger Gase gerichtet hat, wird unter Betonung der Grausamkeit dieses Kriegsmittels Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Wissenschaft sich dazu abgibt, durch immer neue Erfindungen die Grausamkeiten der Kriegführung zu steigern. Nach den im Haag getroffenen Vereinbarungen über Gesetze und Gewohnheiten des Landkrieges sei es verboten, Gifte und vergiftete Stoffe anzuwenden und Stoffe zu gebrauchen, die geeignet seien, überflüssige Leiden hervorzurufen. Es sei traurig, daß diese Methoden überhaupt Eingang in die Praxis gefunden haben. Wer diese Methoden noch grausamer gestaltet, habe eine Verantwortung zu tragen, die in ihrer Schwere beständig anwächst, die Verantwortung, der Kriegführung eine Richtung gegeben zu haben, welche im Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit steht. Es handle sich hier nicht um eine Methode, deren Anwendung der Gegner von sich weisen könnte, weil es ihm widerstrebt; wer sich einem Feinde gegenübersieht, der Gas anwendet, ist gezwungen, die gleiche Kampfart anzuwenden, wenn er nicht in einen Nachteil gedrängt werden will, der ihm verhängnisvoll werden kann. Er wird im Gegenteil den anderen zu überwinden suchen und versuchen, diesen Giften eine noch todbringendere Wirkung zu geben. Es wird Verwahrung eingelegt gegen diesen Wettlauf in der Erreichung der grausamsten Kriegsmittel. „Der Sieg darf nicht durch die völlige und grausame Vernichtung des Gegners erreicht werden. Im Namen der Menschlichkeit ergeht die Aufforderung an alle Kriegführenden, auf diese entsetzliche Art der Kriegführung zu verzichten und durch eine sofortige Anordnung Einstellung dieses grausamen Kriegsmittels allen Heeren zur Pflicht zu machen.

Dazu bemerkt das Wolffsche Telegraphenbureau:

„Der Aufruf des Genfer Roten Kreuzes mag von gutem Willen eingegeben sein. Er rechnet aber nicht mit den Tatsachen. Selbstverständlich ist die Anwendung jedes Kampfmittels zu verwerfen, das überflüssige Leiden schafft. Das tut das Gas aber nicht. Es ist nicht mehr ein Kriegsmittel geworden, das wie andere den Gegner außer Gefecht zu setzen sucht, aber nicht grausamer ist als diese.

Wir wollen den Streit über die Urheberschaft des Gaskampfes nicht aufwärmen, vielmehr nur kurz erinnern an die Kriegsplauderei der französischen Presse, die sofort nach Beginn des Krieges — teilweise auch schon vorher — von den fürchterlichen Erfindungen des Herrn Turpin über giftige Sprengstoffe zu berichten wußte, sowie von den offiziellen Anweisungen des französischen Kriegsministeriums über Gashandgranaten, die im Herbst 1914 und Winter 1915 der deutschen Heeresleitung bekannt wurden. Wäre es da nicht ein unverantwortliches Versäumnis der deutschen militärischen Behörden gewesen, wenn sie nicht auch ihrerseits dieses Kampfmittel entwickelt hätten?

Heute hat die Praxis jedenfalls ergeben, daß beide Parteien in dem Gas ein wirksames Kampfmittel zu besitzen glauben. Nur derjenige wird sich gern zu seiner Abschaffung entschließen, der in der Anwendung des Mittels unterlegen zu sein fürchtet. Für den Schwächeren wird also die Propaganda gegen die betäubenden Gase ein willkommenes Mittel zu dem Versuch sein, dem Stärkeren eine wirksame Waffe aus der Hand zu schlagen."

Es wird behauptet, militärische Kreise der Entente haben

…rel sympathisch gegenüber. Sollte das nicht ein Zeichen für die heiligere Wirkung unserer Hose sein? Denn daß die Entente aus „Menschlichkeit" sich zur Abschaffung des Gaskampfes entschließen wird, wird ja doch kein Verständiger glauben, der die zahllosen Völkerrechtsverletzungen unserer Gegner, z. B. die Frontverbrechen …, die Taten der „Baralong" und des „King Stephen", die Behandlung unserer Gefangenen besonders in Afrika und ähnliche Scheußlichkeiten miterlebt hat.

Wir Deutschen begrüßen alle Versuche, dem Völkerrecht und der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen, mit Freude; wir lehnen es aber ab, uns übertölpeln zu lassen. Der Entwicklung der Angelegenheit sehen wir mit Ruhe und gutem Gewissen entgegen."

Die Zivillisten usw. der deutschen Fürsten.

Von Oswin Hannutsch.

Es erhalten pro Jahr: der deutsche Kaiser 1. als König von Preußen eine Zivilliste von 19 219 296 M., dazu werden ihm 2. als Kaiser zirka 3 Millionen Mark vom Deutschen Reiche als sogenannter „Dispositionsfonds" zur Verfügung gestellt, zusammen rund 22 Millionen Mark; der König von Bayern: 3 400 000 Mark Zivilliste und 1 465 731 Mark Apanagen, zusammen 6 865 731 Mark; der König von Sachsen: 3 741 902 Mark Zivilliste und [illegible] Mark Apanagen, zusammen 4 001 406 Mark; der König von Württemberg: eine Zivilliste von 2,15 Millionen Mark. Der Großherzog von Baden bezieht eine Zivilliste von 1 289 963 Mark, [illegible] Mark Apanagen und außerdem für Aufbesserungen 340 286 Mark, zusammen 1 769 126 Mark. Der Großherzog von Oldenburg: [illegible] Mark Zivilliste und 255 000 Mark radizierter Ertrag des Krongutes, zusammen 635 000 Mark. Der Großherzog von Hessen [illegible] Mark und der von Sachsen-Weimar 1 020 000 Mark Zivilliste. Der Herzog von Braunschweig erhält 1 123 322,67 M. „landesfürstliche Rente", der von Sachsen-Meiningen 304 296 Mark Zivilliste und die Hälfte der Domänenüberschüsse, etwa … Millionen Mark pro Jahr. Bei dem Herzog von Sachsen-Altenburg ist seit 1874 die Zivilliste aufgehoben, dafür sind ihm ⅜ des Domänenvermögens gegeben worden. Der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha besitzt keine Zivilliste, dagegen bezieht er einen bestimmten Teil von den Domäneneinkünften in Koburg und in Gotha sind die Domänen 1906 zwischen Staat und Herzog geteilt worden. Der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt und zugleich von Schwarzburg-Sondershausen bezieht 300 000 Mark als vorbehaltene Domänenrente des Fürsten, 38 667 Mark Apanagen usw., zusammen [illegible]667 Mark. Fürst von Lippe-Detmold: keine Zivilliste; es werden ihm zur Verfügung gestellt die Einkünfte des Domaniums, aus welchen zunächst das Land eine feste Rente von 140 000 Mark erhält, bis zum Betrage von einer halben Million Mark. Die diesen Betrag übersteigenden Einkünfte fallen dem regierenden Fürsten und dem Lande zu gleichen Teilen zu. Für den Fürsten von Waldeck besteht keine Zivilliste; das Domaniavermögen dient seit 1853 zunächst den Bedürfnissen des Landes und seines Fürsten. Keine Zivillisten besitzen die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz und die Fürsten von Anhalt, …, Schaumburg-Lippe, Reuß ä. L. und Reuß j. L., zusammen sechs Fürsten. Die Ausgaben betragen demnach pro Jahr rund 41 Millionen Mark für elf Fürsten.

Wir brauchen Astrachan!

Ein Vorschlag für die Alldeutschen.

Da schimpfen die Alldeutschen über die jämmerliche …liche Bescheidenheit. Aber zeigt sich diese nicht selbst in ihrer Bescheidenheit? Was verlangen sie denn groß? Man lese die nötigsten Broschüren, man blättere in „Lehmanns Erwerbung": Kein einziger Annexionist, der über Moskau hinausgeht, der nicht an irgend einem unbedeutenden russischen … halt machte. Sind das Ziele, eines Edelvolkes würdig? Die Alldeutschen zerbrechen sich den Kopf darüber, was nach dem Kriege not tut, aber das Wichtigste vergessen sie. Sie fordern das Erz von Briey, die Kohle von Polen und Belgien, die Häfen der flandrischen Küste, die Auslieferung der englischen Handelsflotte, die Aecker Livlands und Kurlands und ähnliche Kleinigkeiten. Aber was nützen uns alle Erz, Schiffe, Häfen, Aecker ohne das Wichtigste — ohne den Kaviar von Astrachan!

Wieder einmal hat man die Hauptsache total vergessen. Und doch ist ohne den Alleinbesitz des Astrachaner Kaviars Deutschland ruiniert, dem Elend und der Knechtschaft preisgegeben für alle Zukunft. Denn was soll das Volk mit den …ten Schiffen, Aeckern und Erzlagern anfangen, wenn das Volk — sozusagen gar nicht vorhanden ist!

Bevölkerungspolitik — davon wird jetzt soviel geredet, aber ohne jede Sachkenntnis. Ueber unsere Verluste an Menschen braucht kein Wort gesagt zu werden. Der Geburtsausfall ist kolossal. Diese Lücken, sagt man, müssen künftig ausgefüllt werden. Sehr schön, aber wie? Wie soll ein Volk diese Lücken füllen, das drei Jahre lang — von Kohlrüben gelebt hat? Darum rufen wir als höchste nationale Forderung: Her mit dem Kaviar von Astrachan zur Stärkung unserer Volkskraft!

Man versteht jetzt: Es handelt sich um die höchsten Güter der Nation. Wer nicht mit uns Astrachan und die dort lagernden Kaviarvorräte fordert, ist ein Verräter an der deutschen Zukunft, wert, mit Scheidemann und Ebert auf den Sandhaufen gesetzt zu werden. Wie wird das russische Volk nach dem Kriege anwachsen, wenn es im Besitz seiner Kaviarerzeugung bleibt, und wie rapid wird das deutsche Volk abnehmen. Kommt heute ein Deutscher auf drei Russen, so wird in 50 Jahren nur noch ein halber Deutscher auf 20 Russen kommen. Darum schreien wir nochmals mit voller Lungenkraft: Kaviar dem Volk! Dieser Krieg darf nicht enden, ohne daß Astrachan, die alte deutsche Stadt, in der noch nie ein Deutscher gelebt hat, wieder deutsch wird.

Zumal, wo die Sache jetzt so leicht ist. Wir sind doch im schönsten Vormarsch. Nur rund 2000 Kilometer gilt es noch weiter vorzurücken, um die deutsche Fahne über Astrachan zu hissen. Ergreifen wir die nie wiederkehrende Gelegenheit. Unzählige Kinder, Enkel und Urenkel werden uns dafür segnen, Deutschland dieses höchste Gut gerettet zu haben.

Deutsches Reich.

Der „Volksbund" gegen die Wahlrechtsverweigerer.

Dem Vorwärts geht folgende Erklärung zu:

Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland erhebt im Namen von Millionen deutscher, insbesondere preußischer Männer und Frauen aller Berufsstände den schärfsten Einspruch gegen den bekannten Beschluß der Verfassungskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, daß für Preußen ein Pluralwahlrecht eingeführt werden soll. Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland spricht die bestimmte Erwartung aus, daß es im weiteren Verlauf der Verhandlungen noch gelingen wird, diesen volksfeindlichen Beschluß zu beseitigen und den berechtigten Ansprüchen aller Volksschichten auf gleichberechtigte Mitwirkung am Verfassungsleben des Staates Geltung zu verschaffen.

Insbesondere richtet der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland an alle Mitglieder des Verfassungsausschusses sowie an alle Mitglieder des Hauses der Abgeordneten die dringende Mahnung, nicht durch neue, die breiten Volksschichten entrechtende Beschlüsse die Erbitterung im Lande noch zu steigern. Nach den Erlebnissen dieses Krieges kann ein anderes Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhause als ein gleiches nicht mehr gedacht werden.

Der Königlichen Staatsregierung spricht der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland Dank aus für die Entschiedenheit, mit der sie bisher ihre Vorlage vertreten hat; er richtet an sie die dringende Bitte, vor keinem Mittel zurückzuscheuen, das geeignet erscheint, dem gleichen Wahlrecht zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland gibt zugleich seinem lebhaften Befremden Ausdruck über die den inneren Frieden gefährdende Art, in der die Verhandlungen des Bundes der Landwirte dieser Tage in Berlin geführt worden sind. Der Vorstand des Volksbundes legt bei voller Würdigung der sachlichen Meinungsverschiedenheiten gegen solche, die Geschlossenheit unseres Volkes zerstörende Ausfälle, ernste Verwahrung ein.

Den Dank an die Regierung hätte sich, so bemerkt der Vorwärts hierzu, der „Volksbund" vielleicht aufsparen können, bis das gleiche Wahlrecht unter Dach ist.

Das Zentrum und die Wahlreform.

Daß nicht alle Zentrumsleute den konservativen Antrag haben ablehnen wollen, wird bestätigt durch den Bericht des Berliner Redakteurs der Kölnischen Volkszeitung, aus dem sich ergibt, daß es der „zielbewußten, klugen Führung" des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Dr. Porsch, bedurft hat, „auch in dieser schwierigen Frage die Einheit der Fraktion zu erhalten, so daß sämtliche Zentrumsmitglieder des Ausschusses einmütig geschlossen gegen den Pluralwahlrechtsantrag stimmten". Ohne Porschs Bemühungen würden also einzelne Zentrumsleute für das Pluralsystem gestimmt haben. Aber es ist durchaus nicht gesagt, daß die etwas gewaltsam herbeigeführte Einmütigkeit der Zentrumsvertreter von Bestand sein wird; denn die Kölnische Volkszeitung schreibt weiter: „Wir lassen es dahingestellt, ob die Gegner des vorliegenden Mehrstimmenantrages überhaupt gegen jedes Mehrstimmenrecht waren und ob alle die, die gegen den Antrag stimmten, nun auch für das allgemeine, gleiche Wahlrecht ohne Sicherungen stimmen würden."

Durch diese „Sicherungen" gedenkt das Zentrum bekanntlich das Abgeordnetenhaus des gleichen Wahlrechts — wenn das Wort erlaubt ist — schon [illegible] daß es der klerikal-konservativen Reaktion gänzlich ungefährlich erscheint.

Die angebliche Propaganda gegen Ludendorff.

In der letzten Zeit haben besonders rechtsstehende und alldeutsche Blätter, zumeist in auffälliger Schrift, Artikel veröffentlicht, in denen behauptet wurde, die Entente versuche, über die Schweiz oder auf anderem Wege, in Deutschland eine Bewegung gegen General Ludendorff zu schaffen, und sie habe dabei in Deutschland auch Unterstützung gefunden. Eines dieser Blätter, die schwerindustriellen Berliner Neuesten Nachrichten, beschuldigte schließlich den Abgeordneten Erzberger, an der Hetze gegen den Generalquartiermeister beteiligt zu sein. Erzberger hat jetzt in der Germania geantwortet:

„Da die alldeutsche Presse jeden Tag mindestens eine Unwahrheit über mich verbreitet, habe ich es aufgegeben, diesem Treiben in jedem einzelnen Fall entgegenzutreten, zumal auch Richtigstellungen meinerseits fast nie von dieser Presse gebracht werden. Zu dem vorliegenden Fall habe ich folgendes zu erklären: Von der ganzen angeblichen Propaganda gegen Ludendorff ist mir nur das eine bekannt, daß die erste Nachricht hierüber von dem Kriegspresseamt ausgegangen sein soll. Mehr weiß ich von dieser Sache nicht."

Irgendwelche Spuren der angeblichen Propaganda, von der jene sensationell hergerichteten Artikel sprachen, haben sich bisher nicht gezeigt.

Die letzte Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht stand am Sonnabend u. a. der Schankwirt Otto Maschke unter der Anklage, durch öffentliche Reden zum Streik aufgefordert zu haben. Der Antrag lautete auf acht Monate Zuchthaus, umzuwandeln in ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus.

Damit haben die außerordentlichen Kriegsgerichte ihre Tätigkeit beendet. Die noch nicht zur Aburteilung gelangten Streikprozesse werden von den ordentlichen Gerichten erledigt werden.

Einlenken der preußischen Nationalliberalen? Auf der nationalliberalen Tagung in Hamburg betonte der Vorsitzende der Landtagsfraktion Dr. Lohmann im Anschluß an die Rede Stresemanns, daß er die Einheit der Nationalliberalen Partei nicht gefährden werde. Diese Ausführungen werden als Beweis für das Einlenken der Mehrheit der Landtagsfraktion in der Wahlrechtsfrage aufgefaßt.

Nationalliberale für das gleiche Wahlrecht. Der Nationalliberale Verein in Kiel beschloß, an die nationalliberale Fraktion des preußischen [illegible] recht zu richten.

Dr. Diederich Hahn gestorben. Der Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Diederich Hahn ist im Alter von 58 Jahren gestorben.

Aus aller Welt.

Wucherer.

Der Erste Staatsanwalt zu Halberstadt macht öffentlich bekannt, daß vom dortigen Landgericht wegen Preiswuchers mit Futtermitteln der Mühlenbesitzer Albrecht Becker in Thale zu fünf Monaten Gefängnis und 14 000 Mark Geldstrafe, der Kaufmann Heinrich Schuch aus Hamburg zu acht Monaten Gefängnis und 27 000 Mark Geldstrafe, der Gastwirt, jetzige Steuermann Gottfried Dingelstadt aus Hamburg zu zwei Monaten Gefängnis und 68 000 Mark Geldstrafe, sowie der Kaufmann Karl Leschner aus Hannover zu drei Monaten Gefängnis und 75 000 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Der Angeklagte Becker hatte in seiner Mühle aus Heidekraut u. dergl. ein Futtermittel hergestellt, das ihm aber aus hier nebensächlichen Gründen von der Bezugsvereinigung deutscher Landwirte nicht abgenommen wurde. Er verkaufte deshalb unter Ueberschreitung der Höchstpreise 400 Zentner zu je zwölf Mark an Dingelstadt. Dieser verkaufte es weiter nach Hannover an Leschner als Eiweißmehl zu dem ungeheuerlichen Preise von — 145 Mark für den Zentner. Leschner aber gab es unter Beihilfe des vierten Angeklagten Schuch an einen Hamburger Kaufmann als — Suppenmasse für 185 Mark pro Zentner ab. Man sieht, diese Herren Wucherer sind von Gewissensskrupeln nicht geplagt gewesen. Man wundert sich nur, daß sie verhältnismäßig mit den Gefängnisstrafen davongekommen sind, denen gegenüber die Geldstrafen schon eher als angemessen zu betrachten sind.

Zwei Mörder zum Tode verurteilt.

Der Doppelmord in Kusey in der Altmark beschäftigte dieser Tage das altmärkische Schwurgericht. Angeklagt waren die Brüder Reinhold und Otto Wegner, die am 24. August vorigen Jahres die Ehefrau Dorothee Lennecke und deren 34jährige Tochter Frieda in Kusey getötet haben. Das Gericht verurteilte Reinhold Wegner wegen Mordes zu 12 Jahren Gefängnis, Otto Wegner zum Tode. — Vor dem Schwurgericht in Stendal hatte sich der Arbeiter Otto Paasche aus Steckelsdorf wegen Mordes an seiner Ehefrau Marie geborene Schröder zu verantworten. Am 8. Februar vorigen Jahres hat Paasche seine Frau, von der er glaubte, daß sie mit anderen Männern verkehre, im Walde erdrosselt. Paasche, der als eifersüchtiger und jähzorniger Mensch geschildert wird, wurde zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Wien, 23. Februar. Den Blättern zufolge ereignete sich gestern früh auf dem hohen Viadukt in der Nähe von Payerbach ein schwerer Eisenbahnunfall. Eine vom Semmering kommende Lokomotive fuhr in den rückwärtigen Teil eines Postzuges, wodurch vier Wagen zertrümmert wurden. Es wurden 40 Personen aus den Trümmern hervorgezogen, von denen 14 schwer verletzt waren.

Ein Luftschiff verunglückt.

Paris, 22. Februar. (Agence Havas.) Ein französisches Lenkluftschiff, das am Mittwoch morgen im Aermelkanal auf der Höhe von Sainte-Adresse Erkundungen vornahm, hatte einen Unfall mit dem Steuer und stieß gegen eine Klippe bei Le Havre. Es kam zu einer schrecklichen Explosion, durch die Major Fleury sowie ein Funkentelegraphist auf der Stelle getötet wurden. Ein abstürzender Unteroffizier brach sich den rechten Arm. Infolge des Aufstoßens platzten die an Bord des Luftschiffes befindlichen Bomben. Sie verletzten mehrere Personen, die herbeigeeilt waren. Das Luftschiff ist vollkommen zerstört.

Mecklenburg im Süden.

Die in Laibach, der Hauptstadt von Krain, erscheinende Zeitung Slovenec erzählt diese artige Geschichte, die in Deutschland auf verständnisvolles Interesse rechnen kann:

„Gestern hatten wir in unserer Redaktion einen ungewöhnlichen Besuch. Die Herzogin von Mecklenburg schickte zu uns einen Gendarmen mit der Frage wer der Verfasser der Notiz über das Petroleum sei, das sie in großer Menge erhalten hatte, während die Gemeinde dabei leer ausging. Selbstverständlich haben wir den Gendarmen höflich verabschiedet. Die hochgeborene Dame hat merkwürdige Begriffe von der Redaktion, aber eine außerordentliche Macht in der Hand. Nur bei uns ist es möglich, daß eine Herzogin die Gendarmerie mobilisieren und ihr Befehle erteilen kann, die Redaktionen mit solchen Auskünften zu belästigen."

Die im letzten Satze ausgesprochene Ansicht ist nicht ganz richtig. Der Redakteur des durch diesen Besuch ausgezeichneten Blattes würde diesen Satz nicht geschrieben haben, wenn er das Land kennen würde, aus dem die Veranlasserin des Besuches stammt — oder gewisse andere an dieses Land grenzenden Länder.

Letzte lokale Nachrichten.

Betrügerische Pferdeverkäufe. In verschiedenen deutschen, insbesondere sächsischen und bayerischen Städten haben in den letzten Monaten zwei Betrüger einen wohlvorbereiteten Schwindel ins Werk gesetzt. In Zeitungsanzeigen kündigten sie die Abhaltung einer Pferdeversteigerung in einem Gasthof an; kurz vor der festgesetzten Frist verständigten sie aber den Wirt, daß die Versteigerung nicht abgehalten werden könne. Aus dem Kreis der zahlreich erschienenen Bauern wählten die beiden dann einen aus, an den sie sich in unauffälliger Weise heranmachten. Der eine gab sich als Fuhrwerksbesitzer aus, der ebenfalls Pferde kaufen wolle; er erzählte, daß zufällig der Inspektor der Landwirtschaftskammer anwesend sei und daß man durch ihn ebenfalls Pferde kaufen könne. Der „Fuhrwerksbesitzer" und der Bauer begaben sich dann zum „Herrn Inspektor", dessen Rolle der zweite Schwindler spielte. Um sicher die Pferde zu bekommen, leistete der Fuhrwerksbesitzer eine Anzahlung, der Bauer folgte dem Beispiel. Bedenken des Landwirts wurden dadurch zerstreut, daß er seine Kaufberechtigung vorzeigen mußte, eine mit einem Druckapparat hergestellte Bestätigung erhielt und daß ihm erklärt wurde, wenn die Pferde nicht entsprechen sollten, zahle die Landwirtschaftskammer — die es bekanntlich nicht gibt — das Geld wieder zurück. Mit diesem Schwindel haben die zwei Gauner bereits vor einigen Wochen in Dresden Erfolg gehabt. Nunmehr sind sie hier neuerdings aufgetreten und haben wieder eine größere Geldsumme erlangt, ohne daß man ihrer habhaft werden konnte. Fast gleichzeitig mit ihrem Dresdner Auftreten gaben sie in München und Würzburg eine Gastrolle. Wer irgendwie sachdienliche Angaben machen kann, möge sich an die Dresdner Kriminalpolizei wenden.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz:

Engländer und Franzosen entwickelten an vielen Stellen der Front rege Erkundungstätigkeit. Stärkere französische Abteilungen, die über die Ailette in Chavignon einzudringen versuchten, wurden im Gegenstoß vor dem südlichen Dorfrande zurückgeworfen. Auf dem westlichen Maasufer holten Sturmtrupps Gefangene aus den französischen Gräben.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

In den Vogesen erfolgreiche Erkundungsgefechte. Westlich von Mülhausen griffen französische Bataillone nach heftiger mehrstündiger Feuerwirkung beiderseits des Kanals an. Ihre Angriffe brachen bei Nieder-Aspach im Gegenstoß, bei Exbrücke und Nieder-Burnhaupt im Feuer badischer Truppen zusammen. 14 Gefangene blieben in unserer Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn:

In Estland stießen unsere Truppen, von der Bevölkerung überall freudig begrüßt, trotz verschneiter Wege in Gewaltmärschen vor, warfen den an einzelnen Punkten sich stellenden Feind und nähern sich Reval.

Bei der Einnahme von Walk am 22. Februar wurde durch die schneidige Attacke einer Husarenschwadron die Stadt vor der Einäscherung durch den Feind gerettet, 1000 Gefangene gemacht und 600 deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene befreit.

Kleinere Abteilungen stießen gestern bis Ostrow vor und brachen dort feindlichen Widerstand. Sächsische Truppen machten in Balwinowo 1000 Gefangene. Von Minsk aus wurde Borissow besetzt.

Auch bei der

Heeresgruppe Linsingen

nehmen die zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampfe eingeleiteten Operationen den beabsichtigten Verlauf. In Shitomir sind deutsche Truppen eingerückt. Ein auf dem Bahnhofe Schepietowka einlaufender Zug mit großrussischen Truppen wurde angehalten, die Besatzung entwaffnet.

Italienische Front.

Oestlich von der Brenta brachen die Italiener am Abend überraschend zum Angriff am Col Caprile vor, sie wurden im Feuer abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte für den 26. Februar 1918:

Etwas kühler, sonst keine wesentliche Aenderung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180225/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Städtischer Zwiebelverkauf.

Letzter Verkaufstag ist Dienstag der 26. Februar 1918. Ausweise 150, die bis dahin nicht in **einer** der in unserer Bekanntmachung **vom 14. Februar 1918** genannten Verkaufsstellen eingereicht **worden** sind, werden nicht mehr beliefert.

Dresden, am 23. Februar 1918. [S 58

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Butterverteilung.

Infolge des Bußtages, der auf Mittwoch den 27. Februar 1918 fällt, verschiebt sich **für diese Woche** die Einreichung der Butterkarte „März C" und der zugehörigen Bezugsscheine durch die Geschäftsinhaber beim zuständigen Mehlbezirk sowie die Erteilung der Wochenausweise auf Donnerstag den 28 Februar 1918, ferner die Einreichung der gesammelten Wochenausweise bei der Butterzentrale auf Freitag den 1. März 1918, mittags 12 Uhr. **Ausweise, die nicht bis Freitag vormittag 9 Uhr beim Großhändler und von diesem bis 12 Uhr bei der Butterzentrale eingereicht worden sind, werden nicht berücksichtigt.** Von der nächsten Woche an gelten selbstverständlich die alten Einreichungstermine.

Dresden, am 23. Februar 1918.

Der Rat zu Dresden.

Nachtrag zur Ratsbekanntmachung über Knochensammlung.

I. Nach § 2 der Ratsbekanntmachung über Knochensammlung vom 22. Dezember 1917 sind die **frischen Rinderfüße,** deren freihändiger Verkauf untersagt ist und von denen nur die Haut, Fleisch und Sehnenteile nach vorausgegangenem leichten Vorbrühen abgetrennt werden dürfen, an die vom **Kriegsausschuß** für pflanzliche und tierische Oele und Fette bevollmächtigte Firma Helene **Burkhardt,** Leipziger Straße 66 (Fernsprecher 17649), abzuliefern. Die hierfür zu gewährende **Vergütung** ist vom Kriegsausschuß auf **40 Mark** für 100 Kilogramm **erhöht** worden.

II. Das Geschäft der Firma Robert **Kluge,** die nach § 4 Ziffer 8 zur Ausfuhr von Knochen **aus dem** Gebiete der Stadt Dresden berechtigt ist, befindet sich jetzt Markgrafenstraße 11.

Dresden, am 20. Februar 1918. [S 57

Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Preiselbeeren auf Haushaltungskarte A

§ 1. **Auf Abschnitt 1 der roten Haushaltungskarte A** der Stadt Dresden werden

½ Pfund schwedische Preiselbeeren (in Zucker gesotten)

verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken können beim Mehlbezirk für die von ihnen zu verpflegenden Kranken aus dem Zivilstande die Ausstellung eines Bezugsscheins beantragen. Hierbei ist ½ Pfund Preiselbeeren für je vier belegte Betten zugrunde zu legen.

§ 3. Die Anmeldung der Abschnitte und Bezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat am 25. **oder 26. Februar 1918** zu erfolgen.

§ 4. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte und Bezugsscheine aufgerechnet, die Abschnitte in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Firmenaufschrift oder -aufdruck versehen, der zuständigen Meldestelle **am 28. Februar oder 1. März 1918** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 5. **Wer gefälschte Abschnitte oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Abschnitte macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.**

§ 6. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für Großbetriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Einkaufsvereine),
b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind,
c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden sind,

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

d) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen

Rossack & Baldamus, Kleine Packhofstr. 3
Pramann & Co., Königsbrücker Straße 6
Moritz Hennig & Co., Ostra-Allee 20
G. Bretschneider, Schreibergasse 18
Georg Pohle Nachf., Steinstraße 9
Richard Thieme, Kasernenstraße 1

§ 7. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 5. März 1918 erfolgen, widrigenfalls sich der Kleinhändler strafbar macht.**

§ 8. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 2.15 M. für das Pfund.

§ 9. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft, hier Bautzner Straße 15, 3., ob.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [S

Dresden, den 23. Februar 1918.

Der Rat zu Dresden.

SARRASANI

Allabendlich **7** Uhr. Sonnabend und Sonntag auch **3** Uhr. Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus.

TORPEDO - - LOS!

DAS SCHAUSTÜCK DER SCHAUSTÜCKE

Am Bußtag fallen die Aufführungen aus.

Vom 1. März an beginnen die Abendvorstellungen um 7½ Uhr. [S 59

Die Vorstellung am 1. März ist bereits ausverkauft. Der Vorverkauf für Sonntag beginnt am Donnerstag.

Sarrasani-Trocadero: 7 bis 11½ Uhr **Stimmungsabende**

Musenhalle. [W 51

Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn. 7, 18, 22

Tägl. abds. 8.10. **Der große Lachschlager**

Vieler Nachfrage und Beifalls wegen verlängert:

Tante Knaster Originalschwank von J. Horst in drei Akten. **Neu für hier!**

Wer sich einmal recht herzlich auslachen will, der komme.

Dienstag bel. Programm. Mittwoch keine Vorstellung.

Militär wochent 1 Platz 20 Pf.

Wer fertigt einfache Gewinde-Kaliber und andere Lehrgeräte? [S 120

Angebote mit Angaben über schon ausgeführte Bestellungen werden erbeten unter **P. 198** an

Haasenstein & Vogler A.-G. Dresden.

Verband Volksgesundheit Ortsverein Pl. Freund (E. V.) reit., 1. März, abds. 8 Uhr, im Gasthof zur ...

Vortrag

für Frauen u. ältere Mädchen von **Frau Kreismeyer,** Potschappel, über:

Die Ehe und ihr Einfluß auf die Gesundheit der Frau.

Für Gäste 30 Pf. Eintritt.

W 51] **Der Vorstand.**

Postkarten Photographie mit [S 172

Dtzd. von **2.50 M** an, liefert **Rich. Zähnig,** Marienstr. 13

Vergrößerungen.

Gute Fachliteratur

über **Kleintierzucht** (Kaninchen, Geflügel, Ziegen, künstl. Brut, Schäferhunde usw.) empfiehlt in großer Auswahl

Reidl's Hof

Niederwartha, Bez. Dresden

Abt. Buchhandel.

Verlangen Sie ausdrücklich Preisliste Nr. P. gegen 20 Pf. in Marken. [S 120

Adelheid Popp:

Aus meinen Erinnerungen

Kindheit und Mädchenjahre. Aus der Agitation u. anderes.

Preis **1.25** Mark.

Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10.

Hilfsbuch für die Dreherei.

Von Otto Lippmann. Preis 4 Mark.

Volksbuchhandlung, Dresden-A., Wettinerplatz 10.

Betriebsschlosser
Metalldrücker
Tischler
Mechaniker
Klempner

sofort in dauernde Stellung gesucht.

Ica-Aktiengesellschaft, Betriebsstelle Dr.-Reick

(Endstation Reick der Linie 9) [S 244

Schlosser
Dreher
Einrichter
Tischler
Holzschleifer

gesucht f. dauernde Arbeit. Zwecks Rückspr. pers. anw. am 26./2., abds. v. 7–9 Uhr. i. Volkshaus, Ritzenbergstr. [B 8294]

Magnus, Waffenfabrik, Döbeln i. Sa.

Tücht. Anlegerin

für **Steindruck** sof. ges. [S 84

Creutzburg, Arnoldstraße 8.

Maschinist und Heizer

für unser Werk in Hermsdorf b. Dr. für sofort gesucht

Hermsdorfer Granitwerke

Leopold Goldmann & Co., G. m. b. H.

Dresden-A., Stormstraße 9. [S 84

Tüchtige

Dreher u. Schlosser

sofort gesucht.

„Universelle"

Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.

Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17. [S 19

Tüchtige [S 22

Dreher
Hobler
Fräser
Bohrer u.
Schlosser

sofort ges. f. Geschützbau.

Maschinenfabrik

Rockstroh & Schneider Nachf. A.-G., Heidenau

Automateneinsteller

werden angenommen

Oskar Hauffe, Radebeul

Schrauben- und Fassondrehfabrik. [S 84

Arbeitsmädchen

sofort gesucht [S 84

Creutzburg, Arnoldstraße 8

Werkzeugschlosser, Dreher
Horizontalbohrer [S 243

in dauernde Beschäftigung sucht

Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Kutscher

und des **Fahrens kundige Frauen** sucht [B 8297

Posthalterei, Feldschlößchenstraße 40.

Unt. Garantie d. Einstampfens zahlen wir für gebündelte

Zeitungen pro Kilo 30 Pf.

für gebünd. **Hefte, Bücher, Zeitschriften** usw. für 1 kg **25** Pf. Bei freier Abholung pro Kilo 3 Pf. weniger

Verkehrs-Anstalt Kurier

Abteilung Papierverwertung Grunaer Str. 49. Fernr. 23064

Wir suchen

kräftige Arbeiterinnen

Meldungen 8–10 Uhr vorm. Hamburger Str. 19

Aktiengesellschaft vorm.

Seidel & Naumann, Dresden

[S 119

---

2 Bettstellen

mit Matr., 2 Kleiderschränke (1 dav. Nußb.), Vertiko, Waschk. m. Marmorpl., 4 Federb. weg. Platzm. preisw. z. **vk. Langermann, Gr. Brüderg. 11, 1., Ec. Querg.**

Geübte

Strohhut-Maschinen-Näherinnen

in und außer dem Hause auf **alle Geflechte u. große Posten** gesucht. [B 8284

Edgar Rietz Nachf., Dresden

Strohhutfabrik, Katechetenstraße 4.

W. Morris:

Kunde von Nirgendwo

Ein utopischer Roman

Herausgegeben von Wilh. Liebknecht.

Preis **1.25** M.

Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10

Wir empfehlen

Die Kohlenzille

und andere Erzählungen

:: von Robert Grötzsch ::

Gebunden 5.00 M., broschiert 3.50 M. Durch die Post 20 Pf. Porto.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Mein ganzes Glück ist nun dahin!

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß mein heißgeliebter **Gatte,** unser treusorgender Vater, guter Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Schütze

Otto Mann, Schützen-Regiment 108 3. Batl., 8. Komp.

am 16. Februar im Alter von 35½ Jahren das Opfer eines Unglücksfalls im Felde geworden ist.

Dresden-Mickten, Winterstraße 10, II., und Salzungen, den 23. Februar 1918.

In tiefstem Schmerze: Die schwergeprüfte Gattin Anna Mann nebst Kindern und allen Angehörigen.

So schlaf denn wohl, du treugeliebtes Herz,
Für uns blieb nur der herbe Schmerz.
All unser Hoffen, all unser Sehnen
Zerrann in schweren Kummertränen.
Für mich ist's einsam, öd und leer,
Die Kinder haben keinen Vater mehr.
Trotz allen Sorgen, allen Schmerzen,
Lebst du doch fort in unserem Herzen.
Können wir auch nicht zu deinem Hügel gehn,
Bleibt doch die Hoffnung auf ein spät'res Wiedersehn.
Geliebt, beweint und unvergessen,
Wer dich gekannt, wird unsern Schmerz ermessen. [W 23

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

Unseren Mitgliedern teilen wir hierdurch mit, daß der Kollege

Max Richter, Dreher

am 22. Februar verstorben ist. — Wir werden ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Johannis-Friedhofes aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet

S 535] **Die Ortsverwaltung.**

Beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des

Gastwirts

Ernst Friedrich Emil Zirnstein

haben wir zahlreiche Beweise wohltuender Anteilnahme empfangen. Allen, die dem Verewigten durch letztes Geleit oder Blumenspenden ehrten und in sonstiger Weise zeigten, sagen wir auf diesem durch unsern **herzlichsten Dank.**

Dresden und Leipzig, den 25. Februar 1918.

Frau Marie verw. **Zirnstein**

Die Eltern und Angehörigen.

B 8295]

Herzlichen Dank.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unseres kleinen **Helmut** sagen wir allen Freunden, Bekannten, Verwandten und den Hausbewohnern für den reichen Blumenschmuck und das letzte Geleit innigen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Sennewald für die trostreichen Worte ... „Ruhe sanft!" in dem ...

In tiefster Trauer: **Familie Hohage**

B 8296. Kirchenhainer ...

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks=Zeitung!

Soldatenfragen im Reichstag.

132. Sitzung. Sonnabend, 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Payer. Graf Roedern.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das **Gesetz zur Aenderung des Kriegssteuergesetzes**. Danach soll die Kriegsabgabe auch zur Deckung eines Fehlbetrages im Reichshaushalt verwendet werden können.

Auf Antrag des Abg. **Südekum** (Soz.) wird beschlossen, die Beratung dieses Gesetzes mit der Aussprache beim Reichshaushaltsplan zu verbinden.

Es steht **Militärisches** zur Erörterung, und zwar zuerst der Bericht des **Hauptausschusses** für militärische Angelegenheiten. Ein Antrag Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.), **Fehrenbach** (Z.), Dr. **Stresemann** (natl.) und **Stücklen** (Soz.) ersucht den Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen, daß a)

die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870

aus dem Heeresdienst sobald als möglich geschieht, daß aber jedenfalls die dauernde Zurückziehung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus der vordersten Linie zur militärischen Dienstleistung in die Heimat mit **möglichster Beschleunigung** durchgeführt werde, daß b) diejenigen Mannschaften des Landsturms, **die seit Kriegsbeginn ununterbrochen im Felde stehen**, und seit **mindestens einem Jahre** in der Front eingesetzt sind, zu Ersatztruppenteilen **dauernd in das Heimatgebiet versetzt** werden.

Der Hauptausschuß fordert weiter die **Beseitigung** oder wenigstens die Milderung der **Strafe des strengen Arrestes**. Auch sollen **alle Mannschaften ein Recht auf Urlaub** haben. Die Unabhängigen Sozialdemokraten verlangen eine **Denkschrift** über die Ergebnisse der Strafrechtspflege in Heer und Marine für die Zeit vom 1. August 1914 bis September 1917.

Zu den Anträgen spricht als erster

Abg. Stücklen (Soz.):

Trotz der Zusage der Regierung scheint eine ernste Absicht zur Entlassung der älteren Jahrgänge nicht zu bestehen. Wie lange sollen diese Leute, deren militärischer Wert doch nur ein zweifelhafter ist, **auf Kosten des Staates die Lazarette und Kasernen füllen? Das Gesetz** sah ursprünglich die automatische Entlassung der Landsturmleute nach der Vollendung des 45. Lebensjahres vor. Erst eine spätere Ergänzung setzte während des Krieges mit der Zeiterfüllung aus. Es muß aber doch berücksichtigt werden, daß bei der Annahme der Zusatzformel **ein Krieg von einer solchen Dauer nicht vorausgesetzt war.** Die Kommandierung von Landsturmleuten zur Industriearbeit ist **kein Ersatz** für die Entlassung. Wenn die Leute entlassen würden, so unterstehen sie der Hilfsdienstpflicht und können in bezug auf Löhne usw. **von ihren Arbeiterrechten Gebrauch machen. Es ist schon viel getan worden, einen geregelten Austausch zwischen Reklamierten und Frontsoldaten herbeizuführen. Es ist aber dagegen zu protestieren, daß man**

Arbeiter infolge des Streiks massenhaft strafweise eingezogen

hat. Es kann auch behauptet werden, daß im Innendienste Landsturmleute zu Zwecken gebraucht werden, deren Notwendigkeit ganz und gar nicht auf der Hand liegt. In **Bayern** und **Württemberg** ist die **dauernde Beurlaubung** der in dem Antrag erwähnten Jahrgänge durchgeführt. Es wird allgemein und scharf verurteilt, daß sich **noch 48jährige** in den Schützengräben befinden. Wohl besteht eine **Verfügung**, daß Landsturmleute, die älter als 45 Jahre sind und länger als **sechs Monate im Felde stehen, aus der Feuerlinie zurückgezogen werden sollen.** Das wird auch getan. **Aber die zwei und drei Kilometer**, die man sie zurücknimmt, **kann man nicht als eine Entfernung aus der Feuerlinie bezeichnen.** Diese Bestimmung müßte ferner auch auf die **Armierungssoldaten** ausgedehnt werden, die sehr oft im **schweren Feuer** ihren Dienst verrichten müssen. Auch die **Väter kinderreicher Familien**, ferner die **letzten Söhne** müssen aus der Frontlinie entfernt werden, um das **Aussterben ganzer Familien** zu verhindern. In der

Frage der Urlaubsgewährung

herrscht geradezu **ein Chaos**. Zweifellos müßte **der Urlaub freigebiger gewährt werden, als das heute der Fall ist.** Es gibt noch genug Leute, die seit 18 Monaten ununterbrochen in der Front Dienst tun, **ohne auch nur einmal Urlaub** erhalten zu haben. Vielmehr ist ein **Begünstigungssystem** eingerissen, gegen das heftig Verwahrung eingelegt werden muß. So werden **Offiziersburschen** oftmals hintereinander und regelmäßig beurlaubt, **um Lebensmittel für die Offiziere heranzuschleppen.** Ein neuer Erlaß sieht vor, daß möglichst im Sommer die Leute aus der **Landwirtschaft**, im Winter die Städter Urlaub bekommen sollen. Praktisch bedeutet das: im Sommer fahren die Bauern auf Urlaub, im Winter **wird der Urlaub gesperrt.** Ein triftiger Grund für die **Unregelmäßigkeit im Urlaubswesen** ist das mangelhafte **Funktionieren des Verkehrs.** Die Einrichtung **regelmäßiger Urlauberzüge** würde hier vieles bessern. Im höchsten Grade ungerecht ist es, wenn für das Vergehen einzelner strafweise **ganze Kompagnien den Urlaub auf gewisse Zeit gesperrt bekommen.** Diese Maßnahme ist mir vom Kriegsministerium ausdrücklich als vollständig **zulässig** bestätigt worden. Ja es ist sogar vorgekommen, daß der Urlaub den Soldaten sogar bei **Todesfällen** in der Familie verweigert wurde, einem Soldaten sogar mit der Begründung, **„er könne seine Frau doch nicht lebendig machen“.** Folge dieser Mißstände ist, daß sich die Fälle häufen, wo Soldaten **ohne Genehmigung** auf Urlaub fahren, und ein großer Teil Soldaten, die jetzt in den Gefängnissen sitzen wegen Fahnenflucht oder **eigenmächtiger Entfernung von der Truppe** büßen damit schwer ihre Eigenmächtigkeit. Diesen Zuständen könnte begegnet werden, indem man wie in **Oesterreich den Soldaten ein Recht auf Urlaub** gewährt. Darum braucht nicht gesagt sein, daß zu einer bestimmten Stunde der Soldat das Recht hat, das Gewehr an die Wand zu stellen und wegzulaufen. Weiter wendet sich der Redner gegen den **strengen Arrest**. Es wird immer behauptet, daß er zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig sei. Dasselbe hat man gesagt, als die Strafe des **Anbindens** beseitigt werden sollte. Als diese beseitigt war, konnte man doch keine Lockerung der Disziplin feststellen. Zum Schlusse wendet sich der Redner gegen die Streichung der **Zulagen** an die Mannschaften. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Meiningen (Vp.)

wendet sich gegen das Kriegsministerium, das angegeben hat, es würden Kowenos noch **tausend Mann** der im Antrage erwähnten Jahrgänge an der Front. Das könne nicht stimmen; es handelt sich um **zehntausende**. Die Zurückziehungen aus der Feuerlinie sind **nur scheinbare**. In dieser Hinsicht sind die Versprechungen an den Reichstag **nicht eingehalten worden**. Die **Armierungstruppen** verdienen **besondere Berücksichtigung**. Die

Drückebergerei ist besonders in den Militärbureaus

lauter denn je. **An der Front macht sich besonders** das Verhältnis der **jungen Offiziere**, deren militärische Tüchtigkeit nicht abgeleugnet werden soll, zu den alten Mannschaften sehr unliebsam bemerkbar. — Die Verweigerung oder Entziehung des Urlaubs als Strafe oder Nebenstrafe müßte verboten werden. **Auch schärfste müßte auch gegen den**

Mißbrauch der Urlaubsgewährung zu Hamsterzwecken,

d. h. zum Schleichhandel zugunsten der Zivilbevölkerung und **zugunsten der Offiziere** vorgegangen werden. Auch bei der Löhnung besteht ein **arges Mißverhältnis** zwischen den **hohen Gehältern junger Offiziere** und der **niedrigen Entlohnung alter Mannschaften**. — Die Militärverwaltung und die Oberste **Heeresleitung** sind mit uns einig in dem Bestreben nach Reformen. Deshalb vertrauen wir auch darauf, daß die Militärverwaltung und die Heeresleitung unseren Wünschen entgegenkommt. (Beifall bei der Volkspartei.)

Oberst v. Wrisberg:

Ob eine Entlassung der Jahrgänge möglich ist, wie sie in dem Antrag gefordert wird, **hängt von der militärischen Lage ab.** Ebenso verhält es sich mit der dauernden Zurückziehung. Ich bedaure, daß dieser Antrag nicht im Ausschuß besprochen werden konnte, wo ich manche Aufklärungen hätte geben können. Entschieden zurückweisen muß ich die Aeußerung des Abg. Stücklen, daß in der Sache der Zurückziehung der Leute über 42 Jahre **nichts geschehen sei. Tausende von Leuten** sind aus der vordersten Linie zurückgezogen worden, und das Bestreben der Militärverwaltung geht dahin, **auch die einzelnen Fälle noch zu beseitigen**, in denen es bei den Millionen von Truppen noch nicht geschehen ist. Auch über den Urlaub kennen Sie ja die Ansicht der Heeresverwaltung und billigen sie. Als Strafe soll der Urlaub nicht verweigert werden, **wenn er auch im unmittelbaren Anschluß an eine Strafe nicht wohl angetreten werden wird.** Wenn der Abg. Stücklen von der Erbitterung von Mannschaften sprach, die nicht aus der vordersten Linie zurückgezogen sind, so verallgemeinert er einzelne Fälle. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, ich habe draußen eine ganz andere, eine freudige und begeisterte Stimmung gefunden.

General **v. Langermann**: Eine Denkschrift über die Strafrechtspflege im Heer und Marine vorzulegen, wie es der Antrag Albrecht verlangt, sind wir **nicht in der Lage**; das würde zu viel Arbeit gegenwärtig machen. **Der strenge Arrest kann nicht ganz abgeschafft werden**, er muß als äußerste Strafe vor einem gerichtlichen Einschreiten bestehen bleiben. Wohl aber hat der Kriegsminister zugesagt, zu prüfen ob nicht auch in allen Fällen, wo nach dem Militärstrafgesetzbuch auf **strengen Arrest** erkannt werden muß, eine **mildere Strafe** zulässig sein kann. Ich hoffe, daß den gesetzgebenden Körperschaften **ein entsprechender Gesetzentwurf** recht bald vorgelegt werden kann.

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (natl.) gibt seiner Freude über die **entgegenkommenden Erklärungen der Vertreter der Heeresverwaltung** Ausdruck.

Abg. **v. Graefe** (K.): **In den Kriegsgesellschaften sitzen immer noch Leute, die sich die Finger beider Hände mit Brillanten schmücken, und denen es recht gut täte, ihre Finger einmal zu den schwierigen Arbeiten in den Schützengräben zu verwenden.** Gerade **das ärgert die Urlauber und die Soldaten draußen wohl am meisten.** — Wir werden für die Resolutionen stimmen, nur nicht für die Resolution, die u. a. auch die gänzliche Abschaffung des strengen Arrestes fordert.

Abg. **Werner-Gießen** wünscht bessere Berücksichtigung der Verhältnisse des Mittelstandes bei den Beurlaubungen.

Abg. Kunert (U. Soz.):

Die Klagen, daß alte Mannschaften aus dem 69er Jahrgang nicht in die Etappe zurückgenommen werden, wollen nicht verstummen. Vielfach wird gesagt, die Bestimmungen könnten nicht eingehalten werden, **weil es an Ersatz fehle.** Man möge nur alle die auffordern, sich freiwillig zu melden, die als **alldeutsche Maulhelden** Gott auf den Knien danken, daß der Krieg noch nicht zu Ende ist. Die Stimmung ist durchaus nicht so begeistert draußen, wie General v. Wrisberg das zu glauben scheint. Bei der Behandlung, die die Leute vielfach über sich ergehen lassen müssen, ist das nicht wunderbar. (Redner will **Einzelfälle** dafür vortragen, wird aber vom Vizepräsidenten **Dove** ersucht, nur zu den Anträgen zu sprechen.) Wir werden beim Etat auf diese Fälle zurückkommen, legen aber schon hier Protest dagegen ein, daß Leute, die man hier als Helden bezeichnet, im Heere **beschimpft und geschlagen werden.** Dem vor zwei Jahren gefaßten Beschluß des Reichstags, die

Entlassung dauernd Kranker und Dienstuntauglicher

zu beschleunigen, wird nicht nachgekommen. Beim 1. Ersatz-Bataillon des Inf.-Regts. 61 sind eine große Menge Krüppel eingezogen, ebenso beim Inf.-Regt. 175 in Graudenz. Ein Mann, der dreimal Blutsturz gehabt hat, wurde beim Husarenregiment in Großenhain **ohne Untersuchung** als dienstfähig eingestellt. **Ein an Brust und Rücken Verwachsener, 1,33 Meter groß**, wird weiter beim Tilsiter Infanterie-Regiment behalten, obwohl er keinerlei Dienst tun kann und 20 M. Entschädigung monatlich für Tragen seiner Zivilkleider bekommt. (Hört! Hört!) Streikende und politisch Unliebsame werden zur Strafe ins Heer gesteckt. In **Rüstringen** wurden 20 Leute, die am 31. Januar 1918 unserer Partei beigetreten waren, am 14. Februar eingezogen. (Hört! Hört!) Allgemein klagen die Soldaten ferner über **ungenügende und schlechte Kost. Wo bleiben die Nahrungsmittel, die für das Heer** geliefert werden? **Die Feldwebel und Unteroffiziere, die in den Küchen beschäftigt sind, schaffen ständig Lebensmittel nach Hause.** So bereichern sich einzelne widerrechtlich an dem, was den Soldaten zukommt. Vielfach bestehen auch noch Offizierskasinos, wo die Offiziere für 1,40 M. essen können, soviel sie wollen, während den Soldaten **verdorbenes Fleisch** vorgesetzt wird. Gibt es doch Heeresteile, die direkt als **Hungerkompanien** bezeichnet werden. Das Anrecht auf Urlaub **nach einer bestimmten Zeit** müßte den deutschen Soldaten ebenso gewährleistet sein, wie den österreichischen. Ist es doch vorgekommen, daß einem Soldaten, der zu seiner **todkranken Frau** wollte, erwidert wurde: „Warten Sie bis Ihre Frau **tot ist**“. (Unruhe. Zuruf: Gefühlsrohheit!) Zum Teil ist der Urlaub **käuflich**; er wird an Leute gewährt, die **Kriegsanleihe gezeichnet** haben. **Politisch Mißliebige** erhalten keinen Urlaub. Soldaten, die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie sind, werden **wie Hunde** behandelt. (Vizepräsident Paasche ersucht den Redner, nur auf die Resolutionen einzugehen und in seinen Behauptungen vorsichtiger zu sein.) In einem Falle habe ich den Versuch gemacht, eine ganz detaillierte Beschwerde der Militärbehörde einzureichen. Es handelt sich um den **Hauptmann Brait** von der Besatzungskompagnie in Belgien, der u. a. unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt **ständig Leute dienstlich nach Deutschland beurlaubt, die dann listenweise Lebensmittel für den Hauptmann nach der Heimat befördern müssen** (Hört! Hört!). Die Untersuchung hat natürlich gar **nichts festgestellt! Aber wo sind denn die Lebensmittel her? Bekommt der Hauptmann für seinen eigenen Bedarf** soviel, daß er **zentnerweise nach der Heimat schicken kann? Eine Haussuchung bei dem Hauptmann hat man abgelehnt.** Man **verlangt**, daß ich die **Namen meiner Gewährsmänner** nenne. Darauf kommt es den Herren an. Seit Jahren fast bekomme ich Briefe von der Front nur noch auf **Umwegen**, weil die Soldaten wissen, **daß Briefe mit M. d. R. gelesen werden.** Vielfach wird berichtet, daß draußen **Schweine und anderes Vieh geschlachtet wird, ohne daß die Soldaten etwas davon bekommen, sondern**

das Fleisch, die Schinken, Würste usw. werden sogleich von den Offizieren nach Deutschland geschickt.

Dem kann nur gesteuert werden, wenn man gegen Vergehen der Offiziere und Feldwebel genau so rücksichtslos vorgeht, wie sonst gegen kleine Vergehen von Soldaten. Wir haben den Reichskanzler um eine Denkschrift über die Ergebnisse der Strafrechtspflege im Heer und in der Marine ersucht. Nach einer Erklärung des Abg. Stücklen ist sie bereits vorhanden, nur uns noch nicht zugänglich gemacht. Es wird notwendig sein, eine parlamentarische Kommission einzusetzen, die all die Fälle nachprüft, denn es sind vielfach **drakonisch harte Urteile gefällt**, die dem Volksempfinden vollständig zuwiderlaufen. So wurde ein Mann, der, trotzdem er als **D. u.** bezeichnet war, in den **Schützengraben** geschickt wurde, und dessen Nerven das Trommelfeuer nicht aushielten, wegen Feigheit vor dem Feinde **zu 5 Jahren Gefängnis** verurteilt. All diese Verhältnisse hängen mit dem System des **Militarismus** zusammen. Die Gleichheit aller im Schützengraben ist eine Illusion. Das System muß dazu führen, daß die verzweifelte Masse ihre Sklavenketten schließlich sprengt. (Bravo! bei den U. Soz.)

General **Scheuch** (Chef des Kriegsamts): Aus **politischen** Gründen, wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, ziehen wir niemand ein. (Lachen bei den U. Soz.) Wohl aber ziehen wir Leute ein, die sich **als Hetzer** herausstellen. (Hört, hört! und **große Unruhe bei den U. Soz.**), weil sie die Bedingung der Zurückstellung nicht mehr erfüllen. Die Zurückstellung erfolgt **zur Aufrechterhaltung und Erhöhung der Produktion in der Heimat**, vor allem in den Rüstungsbetrieben. Wer diese Voraussetzung aus irgendeinem Grunde nicht erfüllt, wird wieder eingezogen. Dazu gehören vor allem die, die noch andere **von der Arbeit abhalten**, und die ziehen wir ein. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Die Zahl der Drückeberger in den Militärbureaus und Kriegsgesellschaften ist heute nur noch ganz gering.

Oberstleutnant **Schulz** betont, daß auch das sächsische Kriegsministerium ernstlich bestrebt sei, möglichst ältere Jahrgänge aus der Front zurückzuziehen.

Abg. **Frommer** (K.): Das Herz jedes Soldaten muß sich empören über solche **vaterlandslosen Reden**, wie man sie hier hören muß. (Sehr wahr! rechts.) In Wirtschaftsfragen gehe ich sonst gern mit Sozialdemokraten zusammen, aber wenn man solche Reden hört, kann man von uns nicht verlangen, daß wir noch persönlich mit diesen Herren verkehren. (Lachen b. d. U. Soz.) Mit so geknechteten und verhungerten Soldaten, wie Abg. Kunert sie schildert, hätten wir nicht unsere Schlachten gewinnen können. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. **Hauß** (Els.) wendet sich gegen die unterschiedliche Behandlung der **elsaß-lothringischen** Soldaten; bei ihnen wird vor der Urlaubsgewährung **nachgeforscht, ob ihre Verwandten nicht etwa politisch unzuverlässig sind.** (Hört, hört! bei den Els.)

Abg. **Wirth** (Z.): **Herr Kollege Kunert hat uns nur ein Zerrbild der Zustände an der Front gegeben. Herr Kollege Stücklen hat auch auf Baden hingewiesen. Die Beschwerden der badensischen Soldaten könnten in ihrer Häufung auch politische Konsequenzen haben. So hat der Minister v. Bodmann im badischen Landtag erklärt**, er habe eine

Revidierung der Militärkonvention zwischen Baden und Preußen

angeregt. Dringend zu wünschen wäre einzelnen stellvertretenden Generalkommandos, daß ein verständigerer Geist bei ihnen einzieht. Bei der Zurückziehung **der alten Leute** sollte man auch die Zivilarbeiter **berücksichtigen.**

Generalmajor **v. Wrisberg**: Den badischen Beschwerden abzuhelfen haben wir uns mit Erfolg **bemüht** und darin **werden** wir fortfahren. (Bravo!) Gegen **den Unfug der Urlaubsverkaufung** durch Geschenke wird **rücksichtslos eingeschritten** werden; ich bitte, uns solche Fälle mitzuteilen. Die Verallgemeinerung, die vom Abg. Kunert **behauptet worden** ist, ist eine **unerhörte Beleidigung unseres braven Offizier- und Unteroffizierkorps**, die ich auf das entschiedenste zurückweisen muß. (Beifall rechts.) Der Abg. Kunert hat den Erfolg erreicht, daß er draußen Beifall findet, aber draußen bei unseren Feinden. Unser Offizierkorps ist über die Anschuldigungen erhaben. (Bravo! rechts.)

Abg. Schöpflin (Soz.):

Leider wird auch begründeten Beschwerden nicht abgeholfen und deshalb ist es nötig, sich an die Oeffentlichkeit zu wenden. Das hat auch in vielen Fällen schon geholfen. In den letzten zwei Jahren ist **der Widerstand in der Armee gegen die Wünsche des Reichstags** im Wachsen begriffen, trotz aller Verordnungen des Kriegsministeriums. Daran ist Schuld **die unaufhörliche Hetze der Konservativen und der alldeutschen Presse gegen den Reichstag.** Diese Presse ist dabei **mitschuldig** an dem vielen Groll annimmt, **die hier allseitig** bedauert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der **Offiziersburschen**, die der Front entzogen werden, schätzen wir mindestens **auf drei kriegsstarke Armeekorps.** In der Heimat werden Soldaten zu Dingen verwendet, die geradezu **lächerlich** sind. In **Swinemünde** z. B. werden 1 Gefreiter und 4 Kanoniere dazu verwandt,

die Kohlköpfe des Herrn Majors zu bewachen.

Das heißt geradezu Schindluder treiben mit der Volkskraft des Vaterlandes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Ueber **Lebensmittelfaulen zugunsten von Offizieren** habe ich bereits vor längerer Zeit dem Kriegsministerium Mitteilung gemacht; aber **ich warte heute noch auf Antwort.** (Hört! hört! bei den **Sozialdemokraten.**) Der Urlaub wird tatsächlich **zur Strafe entzogen** und sogar **ganze Truppenteile** werden mit **Urlaubsentziehung** bestraft wegen Vergehen einzelner. Gegen **diesen Unfug**, in dem die alten Offiziere erzogen sind, **ist** sehr **schwer anzukämpfen.** — So wie General Wrisberg es schilderte, ist die Stimmung draußen nicht. Das Wort des Generals v. Scheuch von den Hetzern, die an die Front geschickt werden, war ein böses Wort. **Wer entscheidet darüber, wer ein Hetzer ist.** Vielleicht die Herren vom Bezirkskommando oder die Polizei? Das führt dann dazu, daß jeder, der vom Unternehmer oder sonst als **Hetzer denunziert** wird, eingezogen wird. Alle Hetzer in Berlin haben nicht soviel Erbitterung schaffen können als der in seinem **blinden Fanatismus** politisch so **tolpatschige Herr v. Kessel** mit seiner Verordnung während des Streiks. Oder denken Sie **an das Wort des Herrn v. Oldenburg**: Wir brauchen einen Kanzler, auf den geschossen wird; sonst taugt er nichts. **Hat man den Mut, gegen solche Hetzer vorzugehen?** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Sie als „Hetzer“ bezeichnen, sind oft Leute von glühendem Empfinden für Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

General **v. Scheuch** weist den Angriff auf Generaloberst v. Kessel zurück. Was ich unter Hetzer verstehe, habe ich klar gesagt: Leute, die vom Militär zurückgestellt sind, um zu arbeiten und statt dessen andere zur Arbeitseinstellung aufhetzen. Zur Feststellung haben wir die **Organe unserer Kommandogewalt** und die **Polizei**. Die sind für uns zuverlässig genug. Einzelne Fehlgriffe dabei sind nicht so schlimm wie das Unheil, das Hunderte solcher Hetzer anstellen könnten. Das größere Uebel auszurotten, dazu stehe ich an meiner Stelle. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Die Stimmung ist von Stunde zu Stunde erbitterter geworden. **Möge die Militärverwaltung die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. Es gibt viele Stellen, die vertuschen; diese schaden der deutschen Armee. Ich**

freue man, daß General v. Wrisberg so entschieden sich dagegen gewendet hat. Aber die Rede des Abg. Kastel bedaure ich ungemein; ihre Tendenz war nicht, Besserungen herbeizuführen, sondern das Ausland gegen uns aufzuhetzen. (Sehr richtig! rechts und bei den [illegible]. — Widerspruch bei den U. Soz.) Dem General Scheüch gegenüber bemerke ich, daß noch ganz [illegible] ein Hauptsitz der [illegible] die Bureaus der militärischen Verwaltung sind. [illegible] verwandelt, damit sie [illegible] können.

[illegible] Dr. [illegible] ruft den Abg. Schöpflin wegen seiner [illegible] gegen den Generaloberst v. Kessel nachträglich zur Ordnung.

General v. Scheüch: Ich beziehe mich nochmals auf die Maßnahmen, die im Gange sind, die kriegsverwendungsfähigen Leute aus den militärischen Bureaus herauszuziehen und verweise auf den Erfolg dieser Maßnahmen. Aber ganz entschieden muß ich die Behauptung zurückweisen, daß [illegible]-Leute zum Zwecke der [illegible] in gv. umgewandelt werden.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich protestiere gegen den Vorwurf, daß Abg. Kastel seine Rede gehalten habe, um das Ausland aufzuhetzen. Abg. Müller-Meiningen hat nachher selbst scharfe Kritik [illegible]. Bezeichnend war die [illegible], man stütze sich auf die Polizei. [illegible] In Wahrheit stützt er sich dabei auf das elendeste Lumpengesindel, auf die bezahlten Spitzel, die sich als Arbeiter verkleidet in den Betrieben aufhalten. Und wie verträgt es sich mit dem Standpunkt des Generals Scheüch, daß sogenannte „Hetzer" einfach militärisch eingekleidet an dieselbe Arbeitsstelle mit der Soldatenlöhnung gebracht werden. Wer trägt

die Differenz der Löhne

[illegible] (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So wird der Nährboden der Revolution erzeugt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

General Scheüch: Das Interesse, das der Vorredner an dem Schutz der Hetzer genommen hat, ist mir vollkommen erklärlich. — Auf die Frage, wo die Differenz der Löhne in militärischen Betrieben [illegible], erwidere ich, daß die Regelung dieser Angelegenheit im Gange ist. (Zuruf bei den U. Soz.: Auch für die Strafsoldaten?) Bei den militarisierten Betrieben handelt es sich im übrigen nicht um [illegible], sondern um Wehrpflichtige, die aus irgendeinem Grunde nicht arbeiten wollen, militärisch eingezogen werden und ihrer Wehrpflicht nun in dieser Form genügen. Die Maßregeln sind ergriffen worden, um die Produktion für den Heeresbedarf unter allen Umständen sicherzustellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Böhle (Soz.): General v. Rhode, Kommandeur der [illegible], hat draußen an der Front einen 18jährigen Elsässer, als dieser auf Befragen lediglich seinen Namen und Geburtsort genannt hatte, geohrfeigt und beschimpft. Ein elsässischer Offizier stellte Strafantrag gegen den General. Darauf stellte der General Strafantrag gegen den Soldaten wegen Beleidigung. (Hört! hört!) Dieser wurde vom Kriegsgericht freigesprochen, mußte sich aber vor dem General entschuldigen. (Hört! hört!) Was ist gegen den General geschehen? — Der Redner bringt weiter einen Geheimerlaß zur Sprache, wonach elsaß-lothringische Soldaten nicht bei Stäben usw. verwendet werden dürfen. Traut man den Elsaß-Lothringern nicht, so nehme man sie aus dem Heere heraus, aber man behandle sie nicht als Soldaten 2. Klasse.

General v. Langermann: Die Untersuchung des Falles des Generals Rhode ist noch nicht abgeschlossen; es müssen noch die Zeugen im Felde verhört werden.

Die Debatte schließt. Die Kommissionsbeschlüsse werden unter Annahme des Antrags Müller-Meiningen (Vp.) und unter Ablehnung des Antrags Albrecht (U. Soz.) angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 3 Uhr. (Erste Lesung des Etats.) Schluß: 5¾ Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Sachsens Rindviehbestand.

Die Landesfleischstelle hat eine Uebersicht von den letzten Viehzählungsergebnissen im Lande herausgegeben, aus der folgendes mitgeteilt wird: Die Gesamtzahl der Rinder hat sich gegenüber dem Bestande vom 1. Dezember 1913 nur um 0,25 Prozent vermindert, während im gleichen Zeitraum im Reiche die Stückzahl um 4,5 Prozent gesunken ist. Im Vergleiche zum 1. September 1917 ist die Zahl der Kälber unter drei Monaten zwar um 5480 Stück zurückgegangen, gegenüber dem Bestand vom 1. Dezember 1913 aber immer noch um 22,7 Prozent gestiegen, während im Reiche innerhalb dieser vier Jahre die Zahl der Kälber um 15,6 Prozent abgenommen hat. Besonders günstig war die Entwicklung der Jungviehbestände in Sachsen, also der Tiere bis zu zwei Jahren, die in der nächsten Zeit für unsere Milch- und Fettversorgung in Frage kommen. Hier ist selbst gegenüber dem 1. September 1917 eine Zunahme um 10 400 Stück zu verzeichnen, im Vergleich zum 1. Dezember 1913 aber beträgt das Mehr sogar 33,8 Prozent (im Reiche nur 12,5 Prozent). Dagegen hat die Zahl der Kühe über zwei Jahre in Sachsen um fast 9000 Stück, gleich 2,1 Prozent, abgenommen. Immerhin ist im Reich auch hier die Abnahme noch etwas stärker, denn sie beträgt fast 2½ v. H. Die Landesfleischstelle knüpft daran die Bemerkung, daß die sächsische Viehzucht den starken Eingriff in ihre Bestände bereits in absehbarer Zeit überwunden haben wird. Bedenklich ist, daß die wichtigste Klasse, die Milchkühe, wiederum eine beträchtliche Verminderung erfahren hat. Es fehlen uns nunmehr gegenüber der Zeit vor dem Kriege fast 70 000 Stück. Auch die Zahl der Kälber ist zurückgegangen. Man beginnt, die Aufzucht wieder einzuschränken. Nicht unbeachtet darf man lassen, daß das während des Krieges herangezogene Jungvieh, keinen vollen Ersatz für die zur Schlachtbank geführten hochgezüchteten Stämme bildet. Das Jungvieh konnte in Anbetracht des Futtermangels nicht so ernährt werden, daß gleich leistungsfähige Tiere heranwachsen, wie sie sonst die sächsische Landwirtschaft aufzustellen gewöhnt ist.

Kohlenmangel in sächsischen Städten.

In der Stadtverordnetensitzung in Bautzen teilte Stadtbaurat [illegible] mit, daß die bei der Gasanstalt gegenwärtig mit ernsten Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zu kämpfen habe. Der vorhandene Bestand reiche nur noch auf drei bis vier Tage. Wenn nicht umgehend Zufuhren eintreten, sei mit einer zeitweiligen Einstellung des Betriebes zu rechnen. Vorläufig habe die hiesige Waggonfabrik der Stadt 14 Lowrys geliehen, die nach oberschlesischen Gruben gesandt werden sollen. Ein Großhändler habe ihm mitgeteilt, daß nicht weniger als zehn Gasanstalten telegraphiert hätten, daß sie keine Kohle haben. Die Lage ist ernst. Zittau und Kamenz hätten mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Aussichten für den künftigen Sommer seien ebenfalls schlecht, da dann der Wagenmangel nicht besser, eher noch größer sein werde.

Garnwucher.

Wegen Kriegswuchers und unerlaubten Verkaufs beschlagnahmter Garne wurde der frühere Webereibesitzer Hermann Hofmann aus Zittau zu sechs Monaten Gefängnis und 32 733 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine harte Maßnahme.

Der Arbeiter Lez in Pirna, ein österreichischer Staatsangehöriger, der seit 22 Jahren in Sachsen wohnt, Familie hat und Vater dreier Kinder ist, wurde plötzlich ausgewiesen. Im Pirnaer Rathause wurde ihm eröffnet, daß er binnen drei Tagen das Deutsche Reich als lästiger Ausländer zu verlassen habe. Für den Mann ist das ein vernichtender Schlag, um so mehr, da seine Frau kränklich und er in seiner böhmischen Heimat ganz ohne Verbindung ist. Der Anlaß der Ausweisung scheint in der Beteiligung Lezens an dem Streik in den ersten Februartagen zu suchen sein. Was durch solche Maßnahmen zu erreichen ist, sollte die sächsische Polizei doch nun endlich wissen. Es werden zwar einzelnen Personen dadurch schwere Opfer auferlegt, schließlich aber nicht die Härte der Partei, gegen die sie sich richtet.

Die Leistungen des sächsischen Roten Kreuzes.

Große Leistungen hat in den vergangenen 3½ Kriegsjahren das sächsische Rote Kreuz vollbracht. Mehr als 30 Millionen Mark betrugen am 1. Januar 1918 seine Gesamtausgaben; von ihnen entfallen rund 2,4 Millionen Mark auf Liebesgaben, fast 23,3 Millionen auf die Kosten der Verpflegung und Heilung der Krieger in den Vereinslazaretten, den Genesungsheimen, ihre Ueberführung in die Heimat in den Lazarettzügen; rund 1 Million Mark wurden aufgewendet für die Ausrüstung und Bekleidung des Sanitätspersonals, 650 000 M. für Verbands- und Erfrischungsstellen, 1,6 Millionen Mark für Unterstützungen von deutschen Kriegsgefangenen, von Kriegerwitwen und -waisen und für die Familien des Sanitätspersonals, fast 200 000 M. für die Auskunfts- und Liebesgaben-Annahmestellen, 610 000 M. für Beiträge zugunsten des Heimatdankes, des Kriegsausschusses für Truppenbedürfnisse, für die Soldatenheime an der Front, für Uebermittelung von Lesestoff ins Feld usw.

Wohnungseinrichtungen für Kriegsgetraute.

Damit die Kriegsgetrauten bei der Beschaffung ihrer Wohnungseinrichtungen nicht der Ausbeutung unlauterer Abzahlungsgeschäfte anheimfallen, haben bekanntlich Regierung, Heimatschutz, Heimatdank und Frauendank eine Reihe von Maßnahmen der „Kriegermöbelfürsorge" getroffen. U. a. ist auch die Herausgabe eines Musterbuchs „Wohnungseinrichtungen für Kriegsgetraute" durch den Landesverein Sächsischer Heimatschutz ins Werk gesetzt worden. Dieses legt einleitend dar, an welche Stellen sich Kriegsgetraute um Rat und Kredit zur Beschaffung ihrer Möbeleinrichtung zu wenden haben, gibt wertvolle Ratschläge für die Einrichtung des Heims in geschmackvoller Hinsicht, insbesondere auch für ihren Ausschmuck mit Bildern, und wendet sich mit einem Aufruf an Sachsens Tischlerhandwerk um dessen Mitwirkung bei der Kriegermöbelfürsorge. Seinen Hauptteil bilden vier Entwürfe von Kleinwohnungseinrichtungen, die einem Wettbewerb entstammen, der in der Architekturklasse der Königl. Kunstgewerbeschule in Dresden ehrenamtlich ausgeschrieben war. Drei der Entwürfe gelten einer Wohnküche mit Kammer, der vierte einer aus Stube, Kammer und Küche bestehenden Wohnung. Die Preise der Einrichtungen bewegten sich im Sommer 1917 zwischen 1150 bis 1760 M.

Leipzig. Wie das Leipziger Meßamt mitteilt, liegen zur Zeit bereits die Anmeldungen von rund 3300 Ausstellerfirmen zum Besuche der am 3. März beginnenden Frühjahrs-Mustermesse vor, gegen 2500 zur Frühjahrsmesse und 2301 zur Herbstmesse 1917; das ist mehr als zu irgendeiner der bisherigen Kriegsmessen und der untrüglichste Beweis für Deutschlands Kraft.

z **Meißen.** Die Schließung zweier Mühlen ist durch die Amtshauptmannschaft Meißen auf Grund von § 69 der Reichsgetreideordnung wegen Verfehlungen gegen die Bestimmungen dieser Ordnung beschlossen worden. Es handelt sich um die Mühlenbetriebe von G. Schaby in Altstattel-Sarmenitz und von G. Wackwitz in Altlommatzsch.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In ihrer Wohnung in Chemnitz wurde Freitag vormittag eine aus fünf Köpfen bestehende Familie bewußtlos infolge Gasvergiftung aufgefunden. Ein zehn Jahre alter Knabe war bereits tot; die vier anderen Personen konnten durch Anwendung von Sauerstoff ins Leben zurückgerufen werden. — Der Postaushelfer Dix in Falken bei Waldenburg ist wegen Unterschlagung von Feldpostpäckchen vom Waldenburger Schöffengericht zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Stadt-Chronik.

Die starke Abnutzung der Kriegsnotgesetzgebung.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriegszeit stellen an die Frauenwelt ganz besonders hohe Anforderungen. Die Zusammenhänge und Folgeerscheinungen der deutschen Kriegswirtschaft müssen deshalb nach Ansicht der maßgebenden Stellen in den weitesten Kreisen der weiblichen Bevölkerung bekannt werden, denn nur Sachkenntnis könne die bestehenden Zweifel an der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der vielen gesetzlichen Maßnahmen beseitigen. Es wurde deshalb in Dresden eine kriegswirtschaftliche Frauentagung abgehalten, zu der alle in der sozialen Arbeit tätigen Frauen eingeladen worden waren.

Professor Dr. Boehme-Meißen sprach über Grundsätze der heutigen Ordnung unseres Ernährungswesens. Der Redner bemerkte, er sei selber nicht in der Lage, etwas mitzuteilen, was geeignet sei, die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden zu helfen, im Gegenteil, er müsse den Haushaltungen, die in ihrer Behaglichkeit in der Wirtschaftsführung noch nichts von der Kriegsnot spüren, nahe legen, eine reglementsmäßige Einschränkung und Knappheit einzuführen. (Dieser Appell an die gehrenden Kreisen dürfte wohl ungehört verhallen wie alle früheren, gleichen Ermahnungen.) Unsere Kriegsnotgesetzgebung im Ernährungswesen gehöre nicht zu den Gesetzen, die man mit Zwangsmaßnahmen durchführen könne. (!?) Es lasse sich eben nicht in jedem Haushalt ein Aufpasser und in jedem Landwirtschaftsbetrieb ein Gendarm hinstellen. So sei es gekommen, wie es bei der Länge des Krieges kommen mußte. (Mußte?)

Angesichts der ätzenden und zersetzenden Kritik habe eine starke Abnutzung der Kriegsnotgesetzgebung nicht nur begonnen, sondern schon in sehr bedenklichem Maße Fortschritte gemacht. Diese Abnutzungserscheinungen machten sich in dreierlei Richtungen bemerkbar. Es gingen die Bestandsangaben der Erzeuger über die Erzeugung immer mehr zurück. Weiter käme das Riegeln gegenüber den Rationierungsbestimmungen in Betracht. Nicht wenige hätten eine außerordentliche Gewandtheit, sich im Schleichwege und mit Hilfe anderer Kanäle bedeutende Nahrungsmengen zu verschaffen. Und drittens das schreckliche Stehlen, besonders auf dem Lande!

Diese Abnutzungserscheinungen bedeuten eine ernste Gefahr, denn die Kriegswirtschaftsorganisation werde selbst beim günstigsten Frieden mindestens noch ein volles Wirtschaftsjahr nach Beendigung des Krieges beibehalten werden müssen.

Eine Wiederkehr der Notzeit, wie wir sie vom Mai bis Juli 1917 durchgemacht haben, müsse mit allen Mitteln verhindert werden. Was könne dagegen getan werden? Die Gesinnung der Bevölkerung gegenüber der Kriegsnotgesetzgebung müsse gehoben und gestärkt, der gute Wille und die Pflichttreue müssen überall geläutert werden. Die Presse habe hier Großartiges geleistet, aber auch da seien gewisse Abnutzungserscheinungen zu beobachten. Viele Leute lesen die kriegswirtschaftlichen Artikel überhaupt nicht mehr und von denen, die sie noch lesen, gäbe es nicht wenige, die mit seltener Geschicklichkeit Hintertürchen ausfindig machten, durch die sie sich ihrer lieben Bequemlichkeit halber durch den Ernst der Lage hindurch zu retten verständen. Außerdem sei infolge der Papiernot die Wirksamkeit der Presse beschränkt.

Zweck der Tagung sei, den schnellen Verbrauch der Kriegswirtschaftsorganisation zu hemmen. Redner warnt vor überspannten Hoffnungen bezüglich der Zufuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine. Selbst wenn dort noch genug Lebensmittel vorhanden sein sollten, werden sie wegen der schwierigen Transportfrage nicht so rasch nach hier gebracht werden können. Man dürfe wohl auf Zuschüsse rechnen, aber eine grundsätzliche Aenderung unseres Ernährungswesens vermöchten sie nicht herbeizuführen.

Nachdem der Redner eingehend die Schwierigkeiten bei der Rationierungsaufgabe geschildert und die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft dargetan hatte, wandte er sich gegen eine zwangsmäßige Organisation der Erzeugung. Ueber die Aussichten der Ernährung in den nächsten Monaten sagte er, im Kriegsernährungsamt sei man fest entschlossen, den Kampf gegen die Wiederkehr solcher Notzeit mit aller Energie aufzunehmen, besonders gegen den Schleichhandel. Vor allem werde auch daran gearbeitet, die Technik der Nahrungsmittelerfassung zu vervollständigen.

In der Frage der Beibehaltung der Brotration von vier Pfund sehe es jetzt etwas hoffnungsfreudiger aus. Endgültig werde die Sachlage aber erst beurteilt werden können, wenn die Erfassungsaktion des Getreides im März zu übersehen sei. Der Frühdrusch werde wiederkommen. Das Schweineabschlachten hänge damit zusammen. Mit der Kartoffel sei das Schwein allein nicht fett zu machen. Das sei einwandfrei festgestellt. Daher habe man die Ueberzeugung erlangt, daß die Besitzer von fetten Schweinen zur Fütterung auch Kraftfuttermittel, besonders Getreide, verwendet haben.

Eine Erhöhung der Kartoffelration von sieben auf zehn Pfund sei leider unmöglich. Einmal seien nicht genug Kartoffeln da und, selbst wenn dies der Fall wäre, würden sie nicht heranzuschaffen seien. Die Aussichten bezüglich der Fettversorgung seien für die nächsten Monate noch günstig, wenn auch manche Hoffnungen getrogen hätten. Später würden sich freilich die Schwierigkeiten noch vergrößern. Mit Marmelade werde die Bevölkerung voraussichtlich weiter mit 30 Gramm täglich auf den Kopf versehen werden können. Mit der Fischversorgung lägen die Verhältnisse sehr ungünstig. Die hohen Fischpreise erklärten sich aus den hohen Versicherungsprämien für die Fischdampfer gegen Minengefahr.

Der Redner schloß mit den Worten: Bekämpfen Sie leichtsinnige Schönfärberei aber auch ängstliche Schwarzseherei. Werben Sie für eine opferbereite Pflichttreue!

Zu der ganzen Veranstaltung wäre nur kurz zu sagen, daß die ganze Beschwichtigungs- und Aufklärungstätigkeit, die in der letzten Zeit so eifrig betrieben wurde, auch schon bedenkliche Zeichen der Abnutzung erkennen läßt, ebenso wie die Kriegsnotgesetzgebung. Mit Reden allein kann man eben die schlimmen Zustände auch nicht bessern.

Dresden in der Reichstagswahlreform.

Zu dieser Frage wird uns in Ergänzung unserer früheren Mitteilungen folgendes geschrieben:

Der Leitartikel unserer vorigen Nummer über den Entwurf zur Reichstagswahlreform kann hinsichtlich der Dresdner Wahlkreise zu einem Mißverständnis führen. Es ist der 5. Wahlkreis Dresden-Altstadt mit dem 6. Wahlkreis Dresden-Land verwechselt worden. Der neue Proporzwahlkreis, den die Vorlage vorschlägt, soll das ganze Stadtgebiet Dresden umfassen, also den 5. Wahlkreis (Dresden links der Elbe) und die Stadtteile des 4. (Dresden rechts der Elbe) und des 6. Wahlkreises (Dresden-Land). In diesem zusammengelegten Wahlkreise sollen künftig drei Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl gewählt werden.

Dieser neue Wahlkreis Stadtgebiet Dresden umfaßt nach der Bevölkerungszählung von 1910 551 697 Einwohner und 128 463 Wahlberechtigte. Gültige Stimmen wurden 100 [illegible] abgegeben. Auf die einzelnen Parteien fielen folgende Stimmenzahlen: Konservative 2[illegible] (2,7 Proz.), Nationalliberale 32 790 (30 Proz.), Reformpartei [illegible] (4,8 Proz.), Freis. Volksp. 7164 (6,6 Proz.), Zentrum 119 (1,1 Proz.), Sozialdemokratie 50 958 (54,8 Proz.). Es würden also nach den Stimmenziffern von 1912 zwei Mandate der Sozialdemokratie, eins den Nationalliberalen zufallen.

Als besondere Wahlkreise, in denen nach dem bisherigen Wahlverfahren gewählt werden würde, verbleiben dann die Landgebiete des 4. und 6. Wahlkreises.

Dieser 4. Wahlkreis umfaßt eine Bevölkerungszahl von 136 609, eine Wahlberechtigtenzahl von 29 [illegible], gültige Stimmen wurden in diesem Gebiete abgegeben 26 [illegible]. Die Reformpartei erhielt 8567 Stimmen (32,2 Proz.), die Fortschrittliche Volkspartei 5199 (19,5 Proz.), das Zentrum [illegible] (0,3 Proz.), die Sozialdemokratie 12 764 (48 Proz.).

Der verbleibende Rest des 6. Wahlkreises umfaßt eine Bevölkerungszahl von 182 110, Wahlberechtigte [illegible], abgegebene gültige Stimmen 36 484. Hiervon erhielten die Konservativen 6280 (17,2 Proz.), die Nationalliberalen 8[illegible] (22,6 Proz.), Zentrum 53 (0,2 Proz.), die Sozialdemokratie 21 888 (60 Proz.).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180225/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auf Grund des Wahlergebnisses von 1912 wäre der 6. Wahlkreis der Sozialdemokratie zugefallen. Im 4. Wahlkreis hätte Stichwahl stattfinden müssen, deren Aussichten ebenfalls für die Sozialdemokratie sehr günstig gewesen wären.

Nimmt man die Stimmenziffern von 1912 zum Ausgangspunkt, so würde also nach der Durchführung der jetzt vorgeschlagenen Wahlreform für das Gebiet der bisherigen drei Dresdner Wahlkreise sich als Ergebnis zeigen, daß von den fünf zur Verfügung stehenden Abgeordnetensitzen vier der Sozialdemokratie und einer den Nationalliberalen zufallen würde.

Es ist aber zu bemerken, daß das Beispiel von Dresden nicht etwa für die Ergebnisse der Wahlen im ganzen Reiche auf Grund der neuen Vorlage zutreffend ist.

Im Zeichen der Papiernot.

Drückendste Papiernot herrscht für Zeitungen, die dem Volke Aufklärung geben sollen über gewaltige Allgemeinfragen unserer Zeit und ihm helfen müssen im täglichen Kampf um Nahrung und Kleidung. Papiernot herrscht auch für Schulen. Mit [illegible] Einschränkungen sucht die Schule sich mit dem Papiermangel abzufinden. Papiernot macht sich überall dort fühlbar, wo Papier im Allgemeininteresse unentbehrlich ist. Diese Not gibt es anscheinend nicht für Bestrebungen und Organisationen, die sich in diesem Kriege erst aufgemacht haben, um volksfeindlichen Sonderinteressen zu dienen. Die Vaterlandspartei zum Beispiel läßt in Berlin allem Anschein nach sämtliche deutschen Adreßbücher abschreiben und [illegible] von der Reichshauptstadt aus wahllos an hoch und niedrig, an Beamte, Angehörige freier Berufe, Handwerker [illegible] wer sonst noch lebt, Drucksachen. Wie vorurteilslos man bei der Versendung der Drucksachen verfährt, das zeigt die Tatsache, daß sie auch Leiter von freien Gewerkschaften erhalten. In dem Briefumschlag liegt ein vierseitiges Flugblatt, eine Beitrittskarte für die Anmeldung, eine Zahlkarte für das Postscheckkonto der Partei. Diese Drucksachen in einer Auflage, die nach Millionen zählt — die Art der Versendung läßt auf [illegible] Menschen schließen —, das gibt Eisenbahnzüge voll Papier. Für die Vaterlandspartei ist alles da. Zeitungen aber sehen jede Woche ihre Existenz bedroht durch den Papiermangel. Schulkinder sammeln aus schmutzigen Winkeln jeden Fetzen zerknüllten Zeitungspapiers, damit wieder Papier gemacht werden könne, meinen sie. Die Vaterlandspartei aber verwüstet Hunderte und Tausende von Zentnern. Es ist auch hier so, daß der Zahlungsfähige alles haben kann.

Zigaretten- und Tabakdiebstähle.

In einer hiesigen Zigarettenfabrik arbeitete der früher schon mehrfach bestrafte Tabakschneider Bruno Wilibald [illegible]. Am 15. und 17. Januar stahl er je einen Zentner Tabak im Gesamtwerte von 3200 M. An den beiden Abenden bestellte er sich die ihm bekannte Kellnerin Marta Lukaschek mit einem Handwagen an die Fabrik, die den Tabak auflud und in ihre Wohnung fuhr. Dort packte sie den Tabak in Pfund-Pakete und brachte ihn dem Stellenvermittler [illegible] Sachse, mit dem sie gut bekannt war. Sie erhielt das Pfund mit 7,50 M. bezahlt. S. verkaufte den Tabak für je 15 M. das Pfund weiter. Einige Zeit vorher hatte D. in Gemeinschaft mit den Arbeitern Dittrich und Seidel gegen [illegible] Stück Zigaretten gestohlen. D. ist mit einem Teil des gestohlenen Tabaks nach Seifhennersdorf gefahren und hat Lebensmittel dafür eingetauscht. Das Urteil lautete bei D. auf ein Jahr, bei der L. auf drei Monate, Sachse zwei Monate, D. und S. auf je zwei Wochen Gefängnis.

Keine Kriegsgefangenenpost nach Rußland mehr.

Mit Rücksicht auf die veränderten politischen Verhältnisse hat der Austausch von Kriegsgefangenenpost mit Rußland [illegible] eingestellt werden müssen. Da auch auf dem Wege über Schweden zur Zeit keine Beförderungsgelegenheit nach Rußland besteht, können bis auf weiteres keinerlei Postsendungen an Kriegsgefangene in Rußland angenommen werden. Dasselbe gilt für die bisher über Schweden und Rußland beförderten Postsendungen an Kriegsgefangene in Rumänien.*

Erdöllieferung. Die Ratsbekanntmachung vom 9. Februar über die Erdöllieferung ist, wie uns das Lebensmittelamt mitteilt, von einer Anzahl der in Betracht kommenden Kleinhandelsgeschäfte nicht beachtet worden. Die Kleinhandelsgeschäfte, die mit Erdöl handeln, bekommen im Februar kein Erdöl zugewiesen. Sie haben aus den noch in ihrem Besitz befindlichen Erdölmengen die bei ihnen angemeldeten Kunden mit ½ Liter zu beliefern. Soweit das einzelne Geschäft größere Vorräte hat, als es zur Belieferung der bei ihm angemeldeten A-Karten mit ½ Liter braucht, ist es verpflichtet, die Einwohnerabschnitte bei ihm nicht angemeldeter Kunden zu beliefern. Jedes dieser Geschäfte ist verpflichtet, in seinem Verkaufsraum einen von außen deutlich sichtbaren Anschlag mit der Aufschrift anzubringen: „Hier kann noch Erdöl abgegeben werden". Ein Kleinhandelsgeschäft, das der Bekanntmachung vom 9. Februar 1918 zuwiderhandelt, macht sich strafbar und läuft außerdem Gefahr, vom Handel mit Erdöl, nach den einschlagenden Bestimmungen sogar vom Handel mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs ausgeschlossen zu werden. Bei der bevorstehenden Schlußabrechnung wird genau geprüft werden, inwieweit die einzelnen Kleinhandelsgeschäfte der ihnen nach der Ratsbekanntmachung vom 9. Februar auferlegten Verpflichtung nachgekommen sind.

Neue Reichsreisebrotmarken. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat, um Fälschungen zu verhüten, wie schon mitgeteilt, die Reichsreisebrotmarken erneut geändert. Künftig werden Reichsreisebrotmarken auf 50 Gramm und auf 40 Gramm Gebäck lautend ausgegeben. Die alten Marken gelten nur noch bis zum 15. März. Die in den Verkehr eingehenden Marken sind dadurch zu entwerten, daß der Bäcker oder Händler auf der Vorderseite der Marken und die Gast- und Schankwirte und Inhaber ähnlicher Wirtschaften auf der Rückseite der Marken ihren Namen- oder Firmenstempel aufdrücken. In Gast- und Schankwirtschaften hat dies nicht der Bedienende, sondern der, der das Gebäck an diesen abgibt, zu tun. Der Wirtschaftsinhaber ist dafür verantwortlich, daß dies geschieht.

Aus der Dresdner Handelswelt. Sächsische [illegible] Maschinen Aktiengesellschaft, Dresden. Der Abschluß ergibt einschließlich 15 967 M. Vortrag einen Rohgewinn von 1 743 801 M. (i. V. 1 035 104 M.). Die Handlungsunkosten belaufen sich auf 740 565 M. ([illegible] M.), die Abschreibungen auf 431 868 M. (280 148 M.). Von dem verbleibenden Rest von 571 368 M. (374 829 M.) sollen 25 Prozent (15 Prozent) Dividende verteilt werden. — Vereinigte Fabriken photographischer Papiere, Dresden. Die Bilanz für 1917 weist einschließlich des Vortrags einen Reingewinn von 380 505 M. (i. V. 337 294 M.) auf. Daraus soll wieder eine Dividende von 8 Prozent auf die Aktien und von 20 M. auf die Genußscheine verteilt werden. — Dresdner Albuminpapierfabrik A.-G. Die Bilanz für 1917 weist einen Reingewinn von 151 302 M. (i. V. 134 415 M.) auf. Daraus sollen wieder 8 Prozent Dividende auf die Aktien Lit. A und wieder 20 M. auf die Genußscheine vorgeschlagen werden.

Alte Kunden dürfen nicht bevorzugt werden, so hat ein preußisches Oberlandesgericht entschieden, und zwar auf eine Klage hin, die ein Geschäftsmann angestrengt hatte, weil ihm ein Lieferungsvertrag gekündigt war mit dem Bemerken: Erst müßten die alten Kunden berücksichtigt werden. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, der Verkäufer habe die Pflicht, auch die neuen Kunden prozentual wie die alten Abnehmer zu bedenken.

Wegfall der Osterprüfungen. Das Kultusministerium hat verordnet, daß für alle Volks-, Fortbildungs- und Privatschulen mit Rücksicht auf die großen Störungen, die der Schulbetrieb infolge des Krieges auch während des laufenden Schuljahres erlitten hat, die diesjährigen Osterprüfungen ausfallen. Zensuren sollen aber erteilt werden.

Städtischer Zwiebelverkauf. Letzter Verkaufstag ist Dienstag der 26. Februar. Ausweise 150, die bis dahin nicht in einer der bekanntgegebenen Verkaufsstellen eingereicht worden sind, werden nicht mehr beliefert.

Ein halbes Pfund schwedische Preiselbeeren (in Zucker gesotten) wird vom 5. März an auf rote Haushaltkarte A I zum Preise von 2,15 M. je Pfund abgegeben.

Sarrasani. Vom 1. März an beginnen die Abend-Vorstellungen wieder um 7½ Uhr. Die Vorstellung am 1. März (Spielplanwechsel) ist bereits ausverkauft. Am Bußtag wird der Turmseilläufer Camillo Mayer über seine abenteuerliche Flucht aus der Kriegsgefangenschaft sprechen. Im Anschluß daran wird der Schriftsteller Adolf Steinmann einen Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk halten.

Familiendrama. Die Ehefrau eines im Felde stehenden Vorarbeiters versuchte sich am Sonntag mit ihren drei Söhnen im Alter von 15, 13 und 10 Jahren zu töten. Man fand sie in ihrer in der Bünaustraße gelegenen Wohnung bewußtlos vor, die Gashähne waren geöffnet. Der Feuerwehr gelang es nach längerer Zeit, die Familie mit Anwendung von Sauerstoffgas zu retten. Die Frau wurde nach der Heil- und Pflegeanstalt gebracht. Sie hatte mit ihren drei Kindern aus dem Leben scheiden wollen, weil das älteste von ihnen ihr Kummer und Sorge bereitete.

Vermischte Nachrichten. Am Freitag abend verunglückte auf dem Kronprinzenplatz eine 21jährige Arbeiterin, als sie von einem Straßenbahnzug während der Fahrt absteigen wollte. Sie geriet mit dem linken Fuß unter den Anhängerwagen und erlitt hierbei starke Quetschungen des Fußgelenks usw., so daß sich ihre Unterbringung im Friedrichstädter Krankenhause notwendig machte. — In der Poststraße war durch einen unglücklichen Zufall eine 72jährige Frau an Gasvergiftung erkrankt und bewußtlos aufgefunden worden. Nach 40 Minuten gelang es der Feuerwehr, sie zu retten. — Von einem Dresdner Einwohner, dessen Name nicht genannt werden soll, sind 3000 M. für den Verein Heimatdank für die Stadt Dresden und 1000 M. für die Kriegsorganisation Dresdner Vereine übermittelt worden. — Guter Finderlohn hilft doch. In einer hiesigen Zeitung machte der Verlustträger einer Brieftasche bekannt, daß der Finder das in derselben befindliche Geld behalten könne, wenn er ihm nur die Brieftasche mit dem übrigen Inhalt (Auslandspaß und Lebensmittelkarten) zurückgebe. Wie der Verlustträger mitteilt, hat er die Brieftasche mittels der Post zurückgesandt erhalten, nachdem der Finder ihr das Geld (etwa 40 M.) als Finderlohn entnommen hatte.

Aus der Umgebung.

Briesnitz. Seefischverkauf. Dienstag den 26. Februar Verkauf von Kabeljau bei Bach, Meißnerstraße. Vormittags von 9 bis 11½ Uhr werden die Bezugsscheine Nr. 601 bis Schluß pro Kopf mit ½ Pfund und nachmittags von 2 bis 5 Uhr die übrigen Nummern ebenso beliefert, soweit der Vorrat reicht.

Kemnitz. Dienstag den 26. Februar Ausgabe von Marmelade auf Abschnitt 1 der Lebensmittelkarte, ¼ Pfund pro Kopf, zum Preise von 23 Pf. sowie Verkauf von Kohlrüben und Möhren, Möhren das Pfund zu 18 Pf. und Kohlrüben das Pfund zu 9 Pf. Die Ausgabe von Möhren erfolgt auf die Haushaltungskarten. Jeder Kopf erhält 3 Pfund. Die Möhren und Kohlrüben sind im Gemeindeamt zu bezahlen, und zwar werden abgegeben: Auf die Haushaltkarten Nr. 1 bis 100 von 8 bis 9½ Uhr, 101 bis 200 9½ bis 10½ Uhr, über 200 10½ bis 12 Uhr. Der Abschnitt III der Nährmittelkarte vom 20. Januar bis 16. Februar wird Donnerstag den 28. Februar beliefert, und zwar auf jeden Abschnitt A ½ Pfund Zwieback, auf B und [illegible] ½ Pfund Suppen. Der Pfundpreis für die Suppen beträgt 75 Pf. Bei Herrn Wiedemann können diejenigen, welche im vorigen Jahre Eier an die Sammelstelle abgeliefert haben, Hühnerfutter entnehmen, und zwar für jedes abgelieferte Ei ½ Pfund zu 11 bzw. 6 Pf.

Cossebaude. Belieferung von Abschnitt III der Nährmittelkarten vom 26. Februar an in den Kaufmannsgeschäften. Am 26. Februar, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, im Hofe des Gemeindeamts Verkauf von Kabljau. Bei Kohlenhändler Thomas Belieferung von Abschnitt 11 der Kohlenkarten.

Deuben. Auf den angemeldeten Abschnitt III der Nährmittelkarte (20. Januar bis 16. Februar) kann von heute nachmittag an käuflich entnommen werden: ½ Pfund Zwieback auf die Karte A, ½ Pfund Suppen auf die Karte B, ¼ Pfund Suppen auf die Karte C und ½ Suppen auf die Karte D. Verkaufspreis für Suppen 75 Pf. pro Pfund und für Zwieback 40 Pf. für das Paket. — Bezugsabschnitt 22 der Lebensmittelkarte kann bis längstens Montag den 25. Februar in den nachstehenden Verteilungsstellen zur Belieferung mit Rübensauerkraut angemeldet werden. Die vereinnahmten Abschnitte sind bis längstens Dienstag, mittags 12 Uhr, an Rathausstelle, II. Stockwerk, Zimmer 3, abzugeben. Verteilungsstellen: Döring, Dresdner Straße; Horn, Kreuzstraße; die vier Konsumvereinsverkaufsstellen; Neuhäuser, Lange Straße; Riedlich, Brückenstraße; Starit, Lange Straße; Vetter, Dresdner Straße; Wautich, Vorderstraße; Weiß, Poisentalstraße.

Bühlau. Leinöl [illegible] für Haushaltungen und Untermieter wird bis 28. Februar in der Konsumvereins Verkaufsstelle abgegeben.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Schlecht beraten.

Wegen Kriegswuchers wurde gegen den Kunstglasermeister und Inhaber einer Glasschleiferei Bruno Artur Richter in Riesa verhandelt. R. hatte seine Glasschleiferei im Jahre 1912 eingerichtet und zum Betrieb derselben einen 5-Pferdestärken-Motor zu 400 Volt für 450 M. angeschafft. Mit der Leitung und den Kosten der Montage repräsentierte er einen Wert von 671 M. Nach Ausbruch des Krieges wurden die Glasschleifer und Arbeiter R.s eingezogen und die Glasschleiferei stand still. Im Juli oder August kam ein Freund R.s eines Tages in das Geschäft R.s und sah den Motor unnütz stehen. Da gab er ihm den Rat, das Ding doch zu verkaufen, jetzt bekomme er mindestens seine 7000 M. dafür. Der Freund war der Kanonier Löber, Bauführer auf dem Artilleriedepot zu Riesa. Nach einigem Zögern befolgte R. den Rat und bot am 18. September 1917 dem Militärdepot den Motor zu 7000 M. an. So nötig auch das Artilleriedepot Motore brauchte, war ihm das Angebot aber doch zu hoch. Trotzdem R. noch einmal selbst beim Zeughauptmann [illegible] gewesen war und ein billigeres Angebot machte, war schon Anzeige wegen Wuchers erstattet worden und das Schicksal nahm seinen Lauf. In der Verhandlung bemühte sich der Zeuge L., seinen Ratschlag als harmlos hinzustellen. Als Sachverständiger war Zivilingenieur Blank, Vorsitzender der Maschinenausgleichstelle im Bereich des 12. Armeekorps, geladen. Nach dessen Ausführungen waren die Preise für Motore derartig gestiegen, daß weniggebrauchte Exemplare mit 150 Prozent Aufschlag zum Einkaufswert gehandelt wurden. Die Preise steigen von vier zu vier Wochen. Der normale Preis könne zur Zeit ungefähr 2000 M. betragen. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung wegen vorsätzlicher Preissteigerung und Einziehung des Motors. Das Gericht erkannte nach diesem Antrag auf 5000 M. Strafe oder ein Jahr Gefängnis und Einziehung des Motors, sowie einmalige Bekanntgabe des Urteils im Amtsblatt für Riesa.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Fabrikdirektion, die ihre Arbeiterschaft zum Streik auffordert.

Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands teilt in Zuschriften an bürgerliche Blätter mit, daß die Direktion der Pulverfabrik Rottweil im Verlaufe des letzten halben Jahres zweimal ihre Arbeiterschaft zum Streik aufgefordert hat. Zunächst geschah dies durch eine briefliche Mitteilung an die Verbandsleitung und in den letzten Tagen durch Fabrikanschlag. Der äußere Anlaß war die Anrufung des Schlichtungsausschusses durch den Arbeiterausschuß. Die Fabrikleitung suchte zunächst durch Drohungen mit Produktionseinschränkungen oder vollständiger Stillegung des Betriebes die Anrufung des Schlichtungsausschusses zu hintertreiben. Nachdem der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch einen Teil der Arbeiterforderungen, in erster Linie leicht durchführbare, bessere ärztliche Hilfe als berechtigt anerkannte, lehnte die Pulverfabrik den Schiedsspruch ab und forderte die Arbeiterschaft durch Fabrikanschlag zur Arbeitsniederlegung auf.

Die Münchner Post bemerkt dazu: Im übrigen wäre das nicht der einzige Fall, wo den Fabrikanten ein Ausstand nicht ganz unerwünscht war. Wenn die große Abrechnung kommt, wird es über diesen Punkt einige überraschende Aufklärungen geben!

Endgültige Beilegung des Chemnitzer Textilarbeiterinnenstreiks.

Durch Verhandlungen, geführt unter Teilnahme von Vertretern des Kriegsamts, der bestreikten Betriebe und anderer Betriebe, von Vertretern des Unternehmerverbandes für die Textilindustrie und des Textilarbeiterverbandes, wurde der Streik beendet. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen gewähren die Inhaber der bestreikten Betriebe ab 26. Februar zu den bisherigen Teuerungszulagen folgende Aufbesserung: männlichen Arbeitern bis zu 18 Jahren 3 M., über 18 Jahre 4 M., weiblichen bis zu 17 Jahren 2 M., über 17 Jahre 3,50 M. wöchentlich. — Darüber hinaus wurde in Aussicht gestellt, daß diese Aufbesserung auch in den am Streik nicht beteiligten Betrieben bewilligt wird.

Briefkasten.

R. M. Den Eintritt in Ihre Wohnung können Sie der Frau wohl untersagen. Ob sie aber ein Anrecht auf die Kinder hat, das kommt auf die näheren Bestimmungen im Scheidungsurteil an.

A. Z. 65. Die Kriegsprämie für Kriegsjungen besteht nur in der Phantasie einiger Leute. Eine solche wird von keiner Seite gezahlt.

U. K. 102. Sie haben allerdings noch Anspruch auf 14 Tage Unterstützung, die Ihnen zu Unrecht entzogen worden ist.

H. K. 200. Die Reichsunterstützung muß in diesem Falle auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen in Wegfall kommen, eine Beschwerde würde gar nichts nützen. Richten Sie aber ein Gesuch an das Kriegsunterstützungsamt um Erhöhung der Stadtunterstützung bis zur Höhe der seitherigen Unterstützung. Sollten Sie, was aus Ihrer Anfrage nicht hervorgeht, außerhalb Dresdens wohnen, müßten Sie ein solches Gesuch an die Amtshauptmannschaft richten.

Feldgrauer 102. Wegen Kriegstrauung besteht kein Anspruch auf Urlaub. Ihre Frage, ob die Kriegstrauung nicht auch ohne den Bräutigam stattfinden könnte, einfach dadurch, daß man der Braut auf dem Standesamt die Papiere aushändigt, ist zu verneinen. Der Bräutigam muß schon selber mit dabei sein.

Gefreiter G. F.: Für die Kantinen im Felde gelten die in der Heimat festgesetzten Höchstpreise nicht. Der Verkaufspreis soll aber in einem gesunden Verhältnis zum Einkaufspreis stehen, denn die Kantinen sollen nicht hohe Profite machen. — Den Gemeinen und Gefreiten steht die Sergeantenlöhnung nicht zu. Die Unteroffiziere dürfen keine andere Verpflegung erhalten wie die Mannschaften.

M. A. P. Die Verpflegungskosten für Militärgefangene trägt die Militärverwaltung. Wenn die Strafe auf länger als sechs Monate lautet, dann wird mit der Rechtskraft des Urteils die Familienunterstützung eingestellt. Doch ist der Ehefrau in diesem Falle anzuraten, ein Gesuch um Weitergewährung und Erhöhung der Stadt- oder Bezirksunterstützung einzureichen.

Dietlas (Rhöngb.) Sterbegeld und Löhnung stehen Ihnen nicht mehr zu, wenn der Tod des Sohnes festgestellt worden ist, wohl aber können Sie Antrag auf Kriegselterngeld stellen. Ein solcher Antrag muß beim Bezirkskommando eingereicht und vom Gemeindevorsteher beglaubigt werden.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Kreisturnrat: Umständehalber muß die Kreisturnratssitzung erst am Mittwoch (Sonntag) früh 9 Uhr bei Klügel stattfinden. — 2. Bezirk: Die Adresse des Vorsitzenden, O. Arthur Eberhardt, [illegible] Bezirk Dresden. Baugenossenschaft 17. Alle Sendungen für die Sportecke sind nur an A. Berg, Dresden-A. 19, Tzschimmerstraße 12, zu schicken. — Dresden-Neustadt: 2. März, 8 Uhr in Schulzes Rest. Eichen-Ecke, Schönbrunnstr.: Turnratssitzung. — Briesnitz-Cotta. 3. März, früh 9 Uhr: Turnratssitzung bei Schlicke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Telephon 14580 A 14 Linien 5 u. 7
Täglich
Tymians Thalia Theater
Görlitzer Str. 6 Anfang 8 Uhr Sonnt. 2 Vorstell.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!
Vorverkaufskarten wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180225/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Töchter der Hekuba.

7 Ein Roman aus unserer Zeit von Klara Viebig.

III.

Die Linden in den Straßen des Vororts hatten längst abgeblüht. Die breiten Wipfel in dem Park, der Bertholdischen Villa gegenüber, standen in jenem tiefen Grün, das, überfatt an Farbe, deutlich spricht: grüner kann ich nicht werden, nun gilbe ich bald.

Frau Hedwig Bertholdi war ganz allein. Ihr Mann war auch fort. Er war zwar schon achtundvierzig, aber er hatte ein Gut besessen, das er der Erziehung seiner Söhne wegen verkauft hatte, und dieses Leben als Landwirt hatte ihn frisch erhalten. Er war wie ein um zehn Jahre Jüngerer: es hatte ihn längst gewurmt, daß er, Reserveoffizier, Hauptmann, so völlig tatenlos drinnen saß, während sein Jüngster, als gemeiner Soldat noch dazu, draußen war. Er hatte sich gemeldet. Als die große Linde vorm Haus noch blühte, war der ersehnte Brief gekommen — Heeressache — nun durfte er doch wenigstens Rekruten drillen, in einem Winkel an der Grenze von Russisch-Polen. „Und wenn ich denn auch keinen Pulverdampf rieche, so höre ich doch wenigstens, wenn der Wind günstig steht, das dumpfe Rollen der Geschütze," schrieb er an seine Frau.

Nun war er doch endlich zufrieden! Hedwig senkte den Kopf: wieviel besser es die Männer hatten. Sogar die in der Front, trotz aller Strapazen, trotz der Todesgefahr. Sie seufzte. Die Frauen hatten es schwerer. Da saßen sie nun alle — wohin sie blickte: Frauen, Frauen — ach Gott, sie hatte gar nicht gewußt, daß es so viele Frauen gab — und dachten nichts anderes, sprachen nichts anderes als: Krieg, Krieg. Und mußten doch den Tag hinleben im Kleinkram ihres Daseins und sich heimlich verzehren bei Tag und bei Nacht in der Sorge um die draußen.

Ihr Leben hatte sich bis dahin ganz um das der Söhne gewunden: erst, als die noch klein waren, in kleinen Sorgen, als sie größer wurden, in größeren Sorgen. Jetzt zuletzt in der schwersten Sorge: um ihr Dasein überhaupt. Nun war noch eine Sorge hinzugekommen — nein, eigentlich keine Sorge, ihr Mann war ja außer Gefahr, — aber doch eine ständige Besorgnis. Wie würde es mit seinem Rheumatismus werden? Der plagte ihn von Zeit zu Zeit. Und dann: würde es ihn nicht gelüsten an die Front? Würde es nicht auch ihn treiben, und er es am Ende auch durchsetzen, hinauszukommen? Sie überdachte die Jahre ihrer Ehe: bald würden sie silberne Hochzeit feiern, es wäre doch bitter, wenn sie die nicht feiern könnten. Nicht feiern, was man so feiern nennt, nein, still begehen in einem Zurückblicken auf die Vergangenheit. Von der Liebe, mit der man sich heiratet, bröckelt freilich manches ab, die Sinne werden ruhiger, die Jahre der Gewöhnung stumpfen ab, aber jetzt stieg ihr doch etwas wie ein warmes Rot in die Wangen, wenn sie an ihren Mann dachte. Es war auch so schwer, sich selber um alles kümmern zu müssen. Nun merkte sie erst, wieviel er ihr abgenommen, wie er ihr das Leben eigentlich sehr angenehm gestaltet hatte. Das äußere Leben wenigstens. Innerlich war es oft unbefriedigend gewesen; sie hätte ihn anders gewünscht, geistig angeregter; und anregender. Freudig hatte sie den Umzug in die unmittelbare Nähe der Weltstadt begrüßt, da würde dieses anders werden. Er war derselbe geblieben. Sie hatte die Söhne gehabt; all deren Interessen geteilt, mit ihnen gelernt, als sie noch klein waren, mit ihnen gestrebt, als sie größer wurden. Jeder von den beiden hatte seine eigenen Ideen, seine Ansichten, seine Ideale; sie hatte sich redlich bemüht, daran teilzunehmen. Und sie hatte doch nicht immer ganz mitkönnen: die waren eben jung, jung und töricht — und frei!

Hedwig sah sich in ihrem einsamen Zimmer in den Spiegel. Ihr Mann sagte immer, sie sähe noch wie ein Mädchen aus. Tat sie das? Ja, wenn sie sich am Abend ihr reiches Haar in Zöpfe flocht. Aber jetzt?! Sie sah rasch weg und seufzte dann auf: man alterte rasch in dieser Zeit. Gut, wenn man miteinander altert. Miteinander — nur nicht allein sein!

Sie warf einen scheuen Blick um sich. Das Zimmer war groß, in seiner Tiefe hinter den breiten, geschnitzten Schränken lauerten Schatten. Jeden Abend leuchtete sie die Winkel ab: da konnte sich gut jemand verstecken. Und wenn einer in die große Linde im Vorgarten kletterte und auf dem breiten Ast, der sich bis zum Balkon streckte, weiter rutschte, war es ein Leichtes, sich ins Zimmer zu schwingen. Früher war ihr nie ein Gedanke der Furcht gekommen, da schlief ihr Mann neben ihr, jetzt fuhr sie zusammen bei einem Knacken in den Möbeln und wagte es nicht mehr, wie sie gewohnt war, nachts ein Fenster offen zu lassen. Die Läden mußten fest geschlossen werden. Und dann lag sie doch noch stundenlang mit weiten Augen, die Arme hinterm Kopf verschränkt, und wachte. Gab es hier noch viele Frauen, denen es so ging wie ihr?

Hedwig Bertholdi hatte sich bis dahin nicht um andere gekümmert, sie war ganz ausgefüllt gewesen, nun mußte sie an die anderen denken und an deren Sohn: wie mochte es wohl mit dem geworden sein? Ihr Mann hatte, ehe er fortging, deswegen noch an das Genfer Rote Kreuz geschrieben. Ob die Krügers nun endlich etwas erfahren hatte? Sie ließ sich gar nicht sehen. Ihr ländlicher Garten lag still, man sah jetzt nur zuweilen eine Dame darin wandeln, in den Abendstunden. Das war die Tochter von Exzellenz von Voigt, die Kaffstaden, wie ihr Mädchen sagte. Sie ging eigentlich nicht durch den Garten, sie schlich nur. Es war sehr still. [illegible]

— — —

Das Krügersche Haus war kein moderner und auch weiter kein geschmackvoller Bau; noch ein Haus aus alter, dörflicher Zeit. Vor fünfzig Jahren mochte es wohl als etwas Besseres gegolten haben. Es war niedrig, langgestreckt und durch den dichten Efeu, der es umrahmte, ein wenig düster. Aber die kleinen, blankgeputzten Fenster, die mit hellgestrichenen Läden aus dem fast schwarzen Efeu heraussahen, gaben ihm etwas Sauberes. Der pausbäckige Junge, der früher, als der alte Krüger noch lebte, im Buschwerk des Vorgärtchens Sonntags einen Wasserstrahl geblasen hatte, saß jetzt auf dem Trockenen, aber er erinnerte an bessere Zeiten.

Daß Lilli den Einfall haben konnte, sich diese Wohnung zu mieten! Frau von Voigt war verletzt, daß die Tochter nicht auf die Dauer bei den Eltern wohnen bleiben wollte. Es war so viel Platz in der Villa, und wenn ihr Mann wieder im Felde war, war sie ganz allein; es war unnatürlich, daß jede von ihnen eine eigene Wohnung hatte. Die Tochter hätte sich nicht zu fürchten brauchen, sie würde sie in keiner Weise bevormunden. Doch sie hütete sich, einen Einwand lautwerden zu lassen. Es war vielleicht auch klüger, Lilli sich einmal ganz selber zu überlassen. Die Liebe der Mutter fühlte den Zwiespalt in der Seele der Tochter. War die nicht schlimmer daran als all die Frauen hier, die den Mann draußen hatten? War nicht sogar das arme Weib, die Reinemachfrau, besser daran?

Beim Fensterputzen von Frau Rossis neuer Wohnung hörte man die Dombrowski lustig singen. Sie trällerte den neuesten Gassenhauer so laut, daß die Leute, die vorbeigingen, Anstoß daran nahmen und die Krüger unten aus ihrem Fenster den Kopf steckte: „Sein Sie doch stille!"

Frau von Voigt hatte eigentlich schon die Absicht gehabt, die Dombrowski nicht mehr zu nehmen — die ließ in der letzten Zeit nach in der Arbeit — aber sie konnte es nun doch nicht übers Herz bringen. War es nicht gut, daß diese arme Frau, die sich mit ihren Kindern kümmerlich genug durchbringen mußte, der der Mann jeden Tag totgeschossen werden oder als Krüppel heimkommen konnte, sich die Heiterkeit der Seele bewahrt hatte? Und war es ein Wunder, daß das Weib der täglichen Arbeit nicht auch einmal überdrüssig wurde — wurde man denn nicht selber auch müde? Oh ja!

(Fortsetzung folgt.)

Ein Märchen.

Auf dem „Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt" in Berlin erschien eines Tages ein Fabrikant, ein Kriegslieferant, der schon ein schönes Stück Geld damit verdient hatte, daß er in seinem Betrieb Granaten gießen oder drehen ließ.

„Herr Oberleutnant," sagte er „ich bin in diesen drei Jahren Krieg ein reicher Mann geworden, viel reicher, als ich vorher gewesen war. Es ist mir aber nicht recht wohl bei der Sache. Man soll aus der Not seines Vaterlandes keinen Gewinn ziehen. Ich habe mir bisher nie viel dabei gedacht, sondern eben angenommen, was man mir geboten hat und was andere auch nehmen. Aber nun habe ich mir's überlegt und mich folgendermaßen entschlossen: Künftig nehme ich für meine Lieferungen nur so viel, als einer fünfprozentigen Verzinsung meines Betriebskapitals und einer angemessenen Abschreibung entspricht, nämlich soundsoviel; was ich bisher darüberhinaus an Heereslieferungen verdient habe, soundsoviel Mark, habe ich bei der Reichsbank zugunsten der Reichskasse anweisen lassen. Ich bitte mich empfehlen zu dürfen mit der Versicherung, daß ich künftig ebenso zuverlässig, pünktlich und fehlerlos liefern werde, als dies bis heute geschehen ist. Und bitte: erzählen Sie die Geschichte nicht weiter."

Sprach's und ging.

Aber wie das so ist: Die Worte des Granatenlieferanten blieben nicht geheim, sondern sickerten langsam durch und man erzählte sie sich bald in allen Zirkeln der Hauptstadt, bei Besprechungen, Sitzungen und Versammlungen. Und siehe da: ein Kriegsgewinner um den andern ging in sich und tat denselben Gang; das Thema kam auf die Tagesordnungen in Aufsichtsratssitzungen, Gesellschafts- und Generalversammlungen; es wurde binnen eines knappen Vierteljahrs zum ungeschriebenen Gesetz, daß an Staatsaufträgen nichts verdient werden dürfe, und die Rückzahlungen von Kriegsgewinnen stiegen bald hoch in die Milliarden. Das Reichsschatzamt gab bekannt, daß es die Vorbereitungen für die nächste Kriegsanleihe eingestellt habe, da für solche in absehbarer Zeit kein Bedürfnis vorliege, und daß es sich entschlossen habe, von der geplanten Vermögenssteuer sowie dem Tabak-, Spiritus-, Petroleum-, Elektrizitäts- und verschiedenen anderen Monopolen zunächst abzusehen. Jedenfalls werde es nun nicht mehr nötig werden, die Masse des Volkes mit Steuern zu belasten, um die Schulden des Reiches bei den Hauptgläubigern, den Kriegslieferanten, verzinsen zu können.

So geschah es auch, und dabei blieb es — wenn's nicht inzwischen anders gekommen ist. Aus dem Kunstwart.

Die Schönheit des deutschen Friedhofes.

Selten ist dieses Thema so klar und überzeugend behandelt worden wie am Sonnabend im zweiten Heimatschutzvortrag von Pastor W. Hoffmann-Chemnitz. Es hätte aber ebensogut lauten können: Die Häßlichkeit des modernen Friedhofs; denn was der Vortragende gab, war zugleich eine scharfe Kritik des bestehenden Zustandes. Die Leitgedanken der von seinem Kunstverständnis getragenen Darlegungen seien wegen ihres Wertes für die Allgemeinheit hier kurz wiedergegeben. Der Vortragende wies zunächst auf die trauliche Stille der alten Friedhöfe hin, in denen bei aller Geschlossenheit des Gesamteindrucks jedes Grab seine eigene Sprache redet. Heute habe die Maschine die Friedhöfe entseelt. An Stelle schlichter, aber warm empfundener Grabmäler macht sich die nüchterne Massenware fabrikmäßig hergestellter Denkmäler breit, die zum größten Teil allen ästhetischen Anforderungen Hohn sprechen. Neben protzigen, aber innerlich leeren Denkmälern in Stein, die sich gegenseitig totmachen, sieht man die falsche Volkskunst in Gestalt von Photographien unter Glas und dergleichen. Durch Vergitterungen und Steinumrandungen grenzen sich die einzelnen Gräber — das gleichmachende des allgemeinen Todesschicksals verneinend — von einander ab. Der einfache aber ergreifende Grabhügel wird dadurch in den meisten Fällen zur kalten Steinkiste. Künstliche Zelten, zu Tausenden hergestellte trauernde Engel und Blechblumen werden unverstandener- und seelenloserweise als Sinnbild und „Zierde" verwendet.

Demgegenüber fordert der Vortragende Wahrhaftigkeit, Eigenart, Geschlossenheit und Lebendigkeit der Grabmalgestaltung. Wo nicht größere Aufwendungen gemacht werden können, soll am besten der einfache Grabhügel, mit Pflanzen geschmückt, bestehen bleiben. Eine einfache Grabplatte oder Tafel mit lesbarer Inschrift, die der Eigenart des Verstorbenen gerecht wird, soll uns Kunde von diesem geben. Die Aufgabe, die uns mit diesem verbinden, werden in einer stimmenden, unbildlichen Darstellung guten Ausdruck finden. Im Anbringen von Bildern der Verstorbenen selbst ist jedoch größte Zurückhaltung zu üben. Wie die kleinen, so sollen auch die größeren Grabmäler vor allem stimmungsvoll sein, aber es soll keine falsche Stimmung gegeben werden. Vornehm empfindende Naturen werden ihre Trauer nicht allzu öffentlich verkünden. In der Weihnachtsgestaltung führt sie leicht zur Pose. Wird der Tod nicht als Erlösung, dann mag es auch mit dem ganzen Ernst des Leidensgeheimnis, Wenn christliche Sinnbilder, wie das Kreuz, verwendet werden, dann soll dies auch mit vollem Bewußtsein und als Ausdruck eines Bekenntnisses geformt werden oder lieber gar nicht. Man verwende dann besser ein Standbild rein menschlichen Gehaltes. Freistehende Denksteine sollen keine Rückansicht bieten, sondern von jeder Seite würdig gestaltet sein oder aber mit der Rückseite gedeckt stehen und vor allem ist Materialechtheit zu fordern. Alle Surrogate wie Kunststein und dergleichen entsprechen nicht der Würde des Grabmals. Scharf verurteilte auch der Vortragende die heutige Form der Erbbegräbnisse, die oft in der aufdringlichsten Konkurrenz zu einander befinden. Ferner solle man die Winterkästen über den Grabmälern beseitigen. Der Friedhof soll kein Paradeplatz sein, wo alles in Reih und Glied steht, und keine gute Stube, in der immer alles geputzt erscheint. Verwitterung und allmählicher Verfall ist Naturlauf, die dem Friedhof gerade seinen herben stimmungsvollen Charakter des Vergehens und Sterbens geben. Vor allem aber soll bei der Gestaltung jedes einzelnen Denkmals Rücksicht auf dessen Umgebung genommen werden, damit es sich harmonisch dem Gesamteindruck einordne. Hierzu seien Vorschriften über Größe und Material der Denkmäler zu fordern, aber auch die Einsicht des Publikums.

In gutgewählten Lichtbildern stellte der Vortragende im Anschluß hieran zahlreiche Beispiele guter und schlechter Grabmalgestaltung aus alter und neuer Zeit gegenüber. Er zeigte zunächst den großen Wesensunterschied zwischen antik-italienischer und deutscher Grabmalkunst, die sich bereits in früheren Zeiten gemütvoller und schlichter gab als jene. Man sah weiter marmorne aufdringlich-theatralische Grabmäler vom Camposanto zu Genua und die Geschmacklosigkeiten unserer Friedhöfe. Ihnen gegenüber stellte der Vortragende die Beispiele guter Grabmalgestaltung, die durch die Selbstbesinnung des deutschen Kunstgewerbes hervorgerufen wurden. Namentlich die Beispiele vom Münchner Waldfriedhof waren überzeugend in ihrer Schlichtheit und stimmungsvollen Einordnung in den von der Natur gegebenen Rahmen. Sie zeigten, wie auch das einfachste Grabmal bei materialentsprechender Behandlung und Geschlossenheit der Umrißlinie würdig und künstlerisch wirken kann. Andere Aufnahmen zeigten die Vorzüge größerer Gruppen typisch gleich geformter Grabmäler. Dann ist der Phantasie der weiteste Spielraum gelassen. Jedes einzelne kann wiederum seinen besonderen Charakter haben. Auch die Verwendung von Farbe als belebendes Element tritt neuerdings erfreulicherweise wieder mehr hervor. Das alles lasse erkennen, daß sich die deutsche Volksseele ihren Friedhof wiedergewinnen werde, der in Zukunft wiederum zu einem Garten werden möge, in dem man ihrer Sprache lauschen könne. Kr.

Theater.

Opernhaus. In einer von großem Schwunge beseelten Aufführung des Fliegenden Holländer unter Kutzschbachs Leitung sang an Stelle des erkrankten Burg (Plaschke ist beurlaubt) Friedrich Reisinger vom Charlottenburger Opernhaus die Titelrolle. Er hat keine strenge Regie wie die unsrige eine stilvolle Bewegungssparsamkeit eingelernt; aber ich muß gestehen, daß mich das übermäßige Werfen des Schwarzmantels, die großen Armgesten, überhaupt die Lebhaftigkeit des Spiels verbunden mit dem naturwüchsigen Gesang des großen Baritons nicht weiter störte, sondern im Gegenteil das Bild des unerlösten suchenden Meergespenstes unterstrich. Der Gegensatz des wilden Mannes zur zarten, hellsichtigen Jungfrau wurde in der Aufführung noch besonders hervorgehoben durch Elisa Stünzner als Senta, die den somnambulen Einschlag dieser Gestalt sehr unterstrich. Es ist mir unerfindlich, warum der Beifall des Sonntagspublikums gegenüber den schönen Darbietungen so lau war. . . .

Albert-Theater. In dem Einakterabend, der Bilder ... tragisch schweres Lebensbild In Ewigkeit, amen und den ... von Bertine mit Steiners durchgefühltem Barbier und Heinz ... raffigem Grafen brachte, war Sudermanns Fritzchen neu eingeführt. Hier ist es Sudermann einmal gelungen, konzentrierte Handlung mit innerer Spannung so eng zu verbinden, daß dieses ... Werk wohl alle großen Schinken (o Schinken!) überdauern wird. In Fritzchen wirkt das tragische Element nach und da die Charaktere ihrer Kaste entsprechend leidlich echt gesehen, die Zwiegespräche erträglich sind, so ist das Endergebnis künstlerisch recht erfreulich. Die Aufführung stand nicht unvorteilhaft zwischen den beiden anderen gut vorbereiteten Stücken. Max ... traf überraschend echt den Ton des ostelbischen Gutsbesitzers ... Sinne seines Dichters. Klemens Schubert war ein junger ... den Augenblicken der Spannung auch ergreifendes Fritzchen. Fräulein Mebius eine verständige Agnes und Fräulein Bechtel eine ... leidende Mutter, in der Ausmalung des Kleinlichen (Herzfehler) ... künstlerisch. Dieser Einakterabend hinterließ einen vorteilhaften Eindruck — der Besuch der Wiederholungen ist empfehlenswert. r.

Vortragskunst.

Der Jugendschriftsteller Franz Hannesen aus Berlin veranstaltete am Sonnabend und Sonntag im Konzerthause zwei Vortragsnachmittage für kleine und große Leute, in denen er manche harmlos-heitere, dem Verständnis der Kinder angepaßte Geschichte aus seinen Jugendschriften zum besten gab. Dabei wurde er von seiner Tochter Lotte Hannesen mehrfach abgelöst und unterstützt. Besondere Freude wurde den Kindern durch die vielen Lichtbilder bereitet, die sich durch treffsichere Zeichnung und freundlichen Humor auszeichneten und die wie die Seiten eines Riesenbilderbuches die gereimten und ungereimten Erzählungen anschaulich machten.

Dresdner Kalender.

Theater am 26. Februar. Opernhaus. Hauptprobe für Konzert (11); 6. Sinfoniekonzert, Reihe A (7½). — Schauspielhaus: Ehre (7). — Baumeister Solneß (7). — Albert-Theater: Ehre (7). — Residenz-Theater: Ein Walzertraum (7½). — Zentral-Theater: Die Rose von Stambul (7½).

Albert-Theater. Walter Hasenclever wird seine Neudichtung der Antigone am Bußtag abend 7 Uhr völlig frei aus dem Gedächtnis zu Gehör bringen und den Vortrag durch Regiebemerkungen, szenische Anordnungen und Bezeichnung der Personen ergänzen. Bei dem einmaligen Gastspiel Ernst von Possarts am Donnerstag den 28. Februar als Rabbi Sichel in Erckmann-Chatrians Freund Fritz wirken von Kräften des Albert-Theaters in Hauptrollen ... Mebius und Hans Steiner mit. Die Regie führt Max Reiz.

Die Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltet jeden Mittwoch 4½ Uhr für die Jugend beiderlei Geschlechts gegen ein Entgelt von 30 Pf. zur Bezahlung der Saalmiete im Siebel-Saal, Ammonstraße, einen Dichterabend. Am nächsten dieser Abende (Mittwoch) wird Dr. Paul Th. Hoffmann über „Goethe: Die Leiden des jungen Werther" sprechen.

Kleine Mitteilungen.

Der Sachverständigenausschuß für die Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie hat in der Tagung vom 17. bis 21. Februar seine langjährigen Arbeiten abgeschlossen. Eine völlige Einigung auf ein einziges System hat sich nicht erzielen lassen. Vielmehr werden dem Reichskanzler zwei Entwürfe eingereicht werden. Die Entscheidung liegt nunmehr in der Hand der Regierungen.

Frau Hilma Schlüter, Mitglied des Albert-Theaters, ist unter sehr günstigen Bedingungen als erste Heroine an die Vereinigten Theater in Chemnitz verpflichtet worden.

Die Schriftstellerin Hedwig Lachmann, die mit dem Schriftsteller Gustav Landauer verheiratet war, ist in Hermsdorf bei Berlin einer Lungenentzündung erlegen. Sie ist besonders durch ihre hervorragenden Uebertragungen ausländischer Autoren bekannt geworden, so zum Beispiel stammen die besten deutschen Ausgaben der Werke Oskar Wildes und Jens Peter Jakobsens aus ihrer Feder.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180225/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG